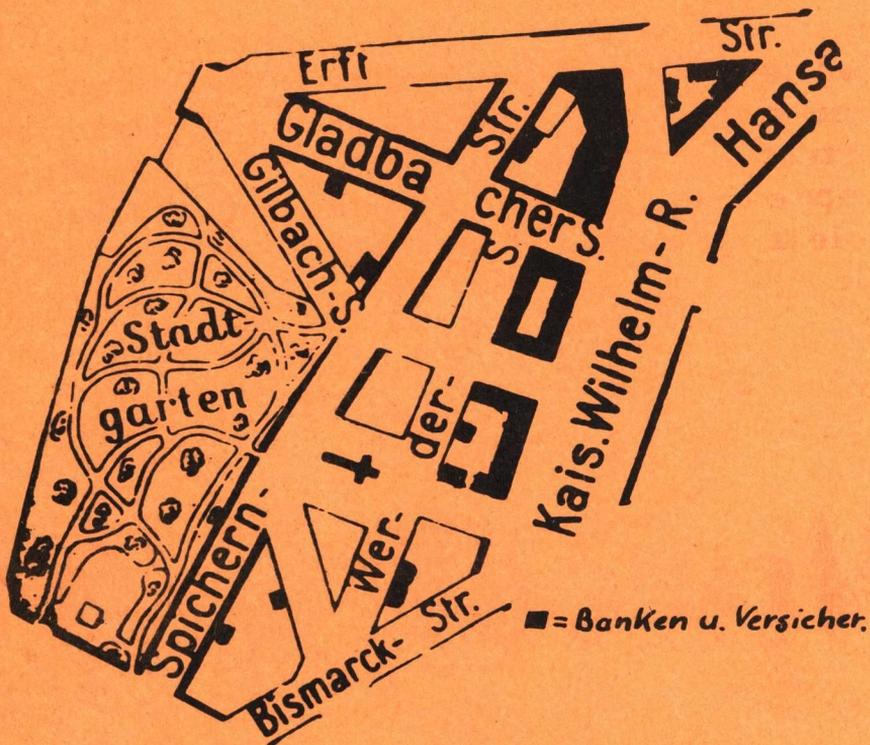


Gothaer

Wer zerstört Köln?

**Warum der SSK das Recht hat gegen die GÖTHAER-
Versicherung zu kämpfen.**



Herausgeber: Sozialistische Selbsthilfe Köln- SSK
 Salierring 37/41
 5 Köln 1
 Tel.: 0221/ 213175

Druck: Eigendruck

Diese Dokumentation ist für DM 2,- beim SSK erhältlich. Sie wird zugesandt bei einer Vorauszahlung von DM 2,50 einschließlich Porto und Versand auf Postscheckkonto: Köln 2923 39-509

visdp: K. Trzebinski, K.Berk, Salierring 37/41, 5 Köln 1

Warum der obdachlose Jugendliche Klaus T. Wut auf die GOTHAER hat

Als ich acht Jahre alt war, fing für mich schon ein hartes Leben an. Meine Eltern lebten immer in Streit, und ich kriegte auch alles mit. Mein Vater war arbeitslos und meine Mutter kriegte zu diesem Zeitpunkt keine Arbeit. Wir lebten in einem Übergangshaus in einem Zimmer, mit einer sogenannten Zentralheizung, die aber nicht funktionierte. Meine Mutter versuchte vergeblich eine größere Wohnung zu kriegen, weil man einfach nicht mit vier Personen - mein Vater, meine Mutter, ich und mein kleiner Bruder - in einem Zimmer menschlich leben kann.

Eines Tages kam meine Mutter zu uns und sagte folgendes: Einer von euch beiden muß weg. Die Entscheidung war für sie sehr hart. Doch, da ich der älteste war, mußte ich ins Heim gehen. Meine Mutter sagte zu mir, sie würde versuchen vom Sozialamt eine größere Wohnung zu bekommen, darauf fiel mir die Entscheidung ins Heim zu gehen ein klein wenig leichter. Sie bat danach das Jugendamt die Sache für sie in die Hand zu nehmen, da sie es nicht fertig bringen konnte, mich selbst ins Heim zu bringen.

Doch das Jugendamt ließ sich nicht darauf ein. Meine Mutter brachte mich dann ins Heim und ihre letzten Worte hängen mir heute noch in den Ohren: Mein Sohn, verlaß dich darauf, ich versuche mit allen Mitteln eine größere Wohnung zu bekommen, damit ich dich wieder rauholen kann. Doch ich mußte drei Jahre drinnen bleiben. Dann kam, auf Antrag meiner Eltern, der Tag meiner Entlassung, und ich freute mich natürlich riesig darauf endlich wieder nach Hause zu dürfen. Aber die Freude sollte nicht lange anhalten.

Meine Mutter wohnte noch immer in einem Zimmer in dem Übergangshaus. Dann kam es mal wieder zu einem riesigen Krach zwischen meinem Vater und meiner Mutter, weil die Wohnung zu klein war, weil sich jeder auf die Füße trat. Dann gingen mir auch mal die Nerven durch, und ich ging hin und warf die Scheiben von dem verfluchten Übergangshaus zu Bruch. Dann kam auf einmal das Jugendamt und fragte erst mal meine Eltern, was hier los sei, dann fragten sie mich, warum ich das getan hätte, ich sagte dann, weil der ganze Bau mich anstinken würde und ich nervlich unten sei. Sie sagten zu meiner Mutter, hier könne sie ja auch nicht mehr wohnen, das sei ja viel zu klein. Meine Mutter sagte, daß sie beim Sozialamt gewesen sei und immer gebeten hätte, ihr eine größere Wohnung zu geben und sie hätte auch dem Sozialamt die jetztige Situation erklärt, aber das hätte ihr dann zu versteinen gegeben, daß sie keine größere Wohnung hätten. Sie sagte, daß sie auch bereit wäre in eine andere Stadt zu ziehen, aber man sagte ihr dann, daß es in anderen Städten auch nicht anders aussähe, da wäre auch die Wohnungsnot an erster Stelle, nicht nur in Düsseldorf. Dann kam ich ins Landeskrankenhaus und im Gutachten stand drin "ist reizbar und kann sich nicht der Gesellschaft anpassen", und nicht, daß ich es getan hab, weil mich das Übergangshaus angekotzt hat - daß deswegen die besagten Scheiben zu Bruch gingen -, und weil ich merkte, daß meine Mutter nervlich nur noch ein Vrack war und ihre Ehe zum Scheitern verurteilt.

Ich war dann sechs Wochen im LKH und dann sagte man mir, ich käme wieder nach Hause. Aber Pustekuchen - ich kam wieder zurück ins Erziehungsheim, wo ich dann bis zu meinem 18. Lebensjahr blieb. Dann erfuhr ich endlich den wahren Grund, warum ich nie wieder nach Hause gekommen bin. Es war einfach noch immer kein Platz für vier Personen. Meine Mutter hatte zwar inzwischen vom Sozialamt eine andere Wohnung bekommen, aber sie bekam vom Sozialamt nur ein paar Kröten, daß reichte nicht für eine Wohnung, wo vier Personen hätten leben können. Also wieder nur so ein erbärmliches Loch, wo sich die Füchse gute Nacht sagen. Wodrum sie auch gebeten hatte, man sagte ihr, sie solle froh sein, daß sie überhaupt eine Wohnung gekriegt hätte, bei der Wohnungsnot.

Schließloch kam es so weit, daß ich mich mit meinen Eltern auseinanderlebte und ich mich selbstständig machen mußte; zu Hause konnte ich ja nicht hin, weil die Wohnung zu klein war. Aber die Gesellschaft machte es mir nicht leicht. Überall, wo ich mich vorstellte, bekam ich zu hören: Du bist ja im Erziehungsheim gewesen und solche Leute können wir nicht gebrauchen. Als ich dann wieder einmal meine Arbeit und meine Wohnung verlor und keine andere Wohnung, schon gar keine billigere, finden konnte, sollte ich auch in einen Sozialbau ziehen, doch das wollte und konnte ich nicht, weil ich ja wußte, was das heißt.

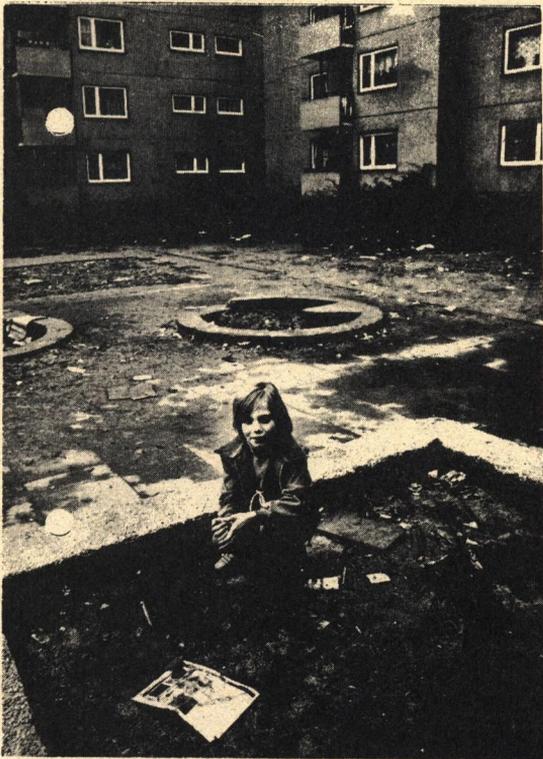
Darauf kam ich zum SSK und von dem Tag an ging bei mir ein rotes Licht auf, weil ich erfuhr, daß der SSK gegen die Ungerechtigkeit, die draußen in der Gesellschaft und bei den Behörden herrscht und geduldet wird, ankämpft. Und da habe ich mir geschworen, daß ich meine ganze Kraft einsetzen werde, denen es genau so erging wie mir.

Dann erfuhr ich von der Gladbacherstrasse, daß da Häuser abgerissen werden sollten und somit guterhaltener und auch billiger Wohnraum weichen sollte. Obwohl es verboten ist guterhaltenen Wohnraum zugunsten von Büroraum abreißen zu lassen. Nur, weil die Gothaer - Versicherung sich ausbreiten wollte. Dann kam in mir wieder die Erinnerung hoch, vor allen Dingen, was meine Eltern für einen Preis zahlen mußten, für eine menschenwürdige Wohnung. Das wollte und konnte ich nicht zulassen und mit ansehen. Deswegen setzte ich mich für die Erhaltung der Gladbacherstrasse ein und versuchte den Abbruch zu verhindern. Deswegen kann ich nicht verstehen, daß man mit jetzt daraus einen Prozeß macht, nur weil ich mich für die Gerechtigkeit einsetzte und verhindern wollte, daß sich ein Versicherungskonzern breit machen kann.

Ich habe erfahren, daß es Gesetze gibt, die es verbieten guterhaltenen und billigen Wohnraum abzureißen. Diese Gesetze sind ja wohl dafür geschaffen und von der Regierung bestimmt worden, daß Familien wie meine nicht in Übergangshäusern landen und zum Auseinanderbruch verurteilt sind, und damit nicht immer wieder Kinder so ein grauenhaftes Schicksal erleiden müssen, wie ich es erleiden mußte. Weiterhin erfuhr ich, daß die Gothaer Versicherung vor Jahren die Menschen aus diesen Häusern brutal vertrieben hat, und daß diese Menschen dadurch auch in Not und Elend geraten sind. Ich finde aber Gesetze zum Schutz der Mieter für arme Leute lebenswichtig. Ich kann nicht begreifen, wie es möglich ist, daß die Gothaer - Versicherung unter den Augen der Behörden einfach über diese Gesetze hinweggehen konnte.

Früher glaubte ich an die Gerechtigkeit, aber nach dem, was mir jetzt passiert ist, kann man nur sehr schwer daran glauben. Besonders, wenn die Gerechtigkeit nur für die da ist, die das dicke Geld und eine hohe Position haben, dann kann ich aber auf diese Gerechtigkeit gerne verzichten. Wenn man meinen Eltern eine vernünftige Wohnung gegeben hätte, dann wäre mein Leben anders verlaufen. Nur eine einzige Wohnung aus den GÖTHAER - Häusern in der Gladbacherstrasse hätte meinen Eltern und mir ein menschenwürdiges Leben ermöglicht.

gez. Klaus Trebinski



Warum der SSK das Recht hat gegen die GOTHAER-

Versicherung zu kämpfen.

Viele kennen den SSK nur als Verein, der obdachlose Jugendliche aufnahm, als "Behördenschreck", der radikale Sozialarbeit macht. Diese Leute verstehen oft nicht, daß der SSK heute für die Erhaltung von Altbauwohnraum kämpft, und daß seine Gegner nicht mehr nur Sozialbehörden sind, sondern auch die mächtigsten Wirtschaftsunternehmen in der Stadt, wie die GOTHAER - Versicherung.

Nach wie vor sammeln sich im SSK Menschen, die persönlich - seelisch und sozial im Elend gelandet sind. Aber wir haben gelernt die Ursachen für all die Not dieser Menschen nicht mehr bei ihnen selbst zu suchen; auch nicht allein bei den Behörden. Wenn wir heute die GOTHAER - Versicherung angreifen, so bekämpfen wir eine der wahren Ursachen für Not und Elend vieler Menschen. Nämlich die mächtigen Firmen, deren Politik Elend erzeugt. Wir haben also immer mit den Folgen von Wohnungsnot zu tun gehabt, nur sind wir in unserem Kampf gegen die Zerstörung von Menschenleben zu den wirklich Verantwortlichen vorgezogen.

Den hilfsbedürftigen Jugendlichen gab der SSK damals ihren Namen: "obdachlose Jugendliche". Bis dahin hießen sie Streuner, Trebegänger u.ä. In diesem Begriff steckte schon eine der Hauptursachen für die trostlose und verzweifelte Lage dieser jungen Menschen: sie sind obdachlos.

Von Anfang an hat der SSK erlebt, daß die Wohnungsnot eine Grundursache dafür ist, daß Menschen in Verzweiflung, Aggressivität, Kriminalität, Sucht und Verwahrlosung landen.

Der fehlende Wohnraum war immer das Hauptproblem im SSK, drängender noch als das andere: die menschenwürdige Arbeit. Und auch die Kämpfe in der frühen Zeit des SSK, als es noch um Jugendliche ging, drehten sich immer um Wohnungen.

Zuerst nahmen Studenten und Bürger die Jugendlichen in ihre Wohnungen auf, bis an die Grenze des Erträglichen. Dann forderten wir Häuser und Wohnungen von der Stadt, immer wieder. Als das nicht half gingen Jugendliche und Betreuer zu Aktionen über.

1970 wurden die Büroräume eines christlichen Vereins zu Wohnräumen umfunktioniert. Bald darauf besetzten SSK - Angehörige ein städtisches Haus in Ehrenfeld, das jahrelang leerstand. 1971 wurde ein Haus im Villenviertel Marienburg besetzt, das der Bundesregierung gehörte und vergammelte. Später wurden auch Wohnungen gemietet und alle möglichen Löcher in Selbsthilfe hergerichtet, z.B. Häuser des Spekulanten Rotam-Bau, die abbruchreifen Kellergewölbe des ehemaligen Theaters Coom dienten jahrelang als Unterkunft für eine ganze SSK - Gruppe. Wir waren auf billigen Wohnraum angewiesen und mußten Bruchbuden mieten.

Das Kontaktzentrum wurde gefordert und durchgesetzt und war fast ein halbes Jahr lang die erste legale Wohnmöglichkeit für obdachlose Jugendliche. Immer wieder wurde im SSK über die Bedeutung der Wohnung für die Menschen gesprochen, immer wieder stieß man in den Schicksalen der Hilfesuchenden auf Wohnungsnot als Ursache für die Elendslage. Und überdeutlich sahen wir, daß zur Wohnung mehr gehört, als ein Dach über dem Kopf, wie es ja auch Heim und Knast bieten. Nämlich die Sicherheit, daß es die eigene ist, die

Rechte, die im Grundgesetz garantiert sind, und noch mehr, die Möglichkeit sich ein zu Hause zu schaffen.

Das Kontaktzentrum machte die Not erst offenbar: Es kam ein Strom von Jugendlichen. Und als die Stadt sich deshalb den SSK wieder vom Hals schaffen wollte, griff man ihn an der verwundbarsten Stelle an: am Wohnraum. Die Häuser wurden geschlossen, und die Jugendlichen auf die Straße gesetzt. Wer kein Dach mehr über dem Kopf hat, kann nicht mehr kämpfen.

Alle, die dem SSK halfen, taten es mit Wohnraum. Böll schenkte dem SSK ein Haus, andere stellten ersatzweise Wohnraum zur Verfügung.

Wir erkämpften die Wohnräume in der Liebigstrasse, kauften einen ausrangierten Bahnhof im Oberbergischen, erkämpften das Haus Salierring 41, das ehemalige Hotel Astor, zwangen der Bensberger Verwaltung ein Mietshaus ab.

Nur, weil wir ständig um Wohnraum kämpfen, können wir existieren. Deshalb können wir unsere Firmen betreiben. Deshalb können heute Jugendliche, Kinder, Alte und Familien beim SSK leben.

Der SSK hat schon immer aus Leuten bestanden, die irgendwann einmal in ihrem Leben gescheitert sind, oft, weil sie nie ein richtiges zu Hause hatten. Viele sind in die Zuständigkeit der verschiedensten Behörden gelangt, ihnen auf Gedeih und Verderb ausgeliefert. Bei vielen Jugendlichen, die früher aus Heimen und zerstörten Elternhäusern zu uns kamen, und oft dann im SSK versuchten ihre Wut über ein fehlendes zu Hause los zu werden, suchten wir noch die Schuld für die Ursache dieser Schicksale bei Eltern und Behörden. Als wir uns dann unter uns umschaute, konnten wir feststellen, daß viele SSK - Mitglieder, egal wie alt und woher sie zu uns kamen, ins Elend gestoßen wurden, weil sie nie eine menschenwürdige Wohnung hatten: Kinder und Jugendliche mußten deswegen ins Heim, Familien zerbrachen an zu hohen Mieten, den Alten wurde das Anrecht auf einen menschenwürdigen Lebensabend genommen.

Die Wohnungen, die alle diese Menschen hätten bezahlen können, werden ihnen genommen und den Banken, Versicherungen und Behörden geopfert. Die Opfer werden feinsäuberlich auseinander sortiert: Die Kinder kommen aus der zu kleinen Wohnung ins Heim, die Jugendlichen, die in der Obdachlosensiedlung kriminell werden, in den Knast, die Väter, die anfangen zu trinken, ins Irrenhaus und die Alten ins Altersheim. Die Ursache ist bei allen ein und dieselbe: Die Not an preiswerten, menschenwürdigen Wohnungen.

Im SSK haben wir immer um unsere Wohnungen kämpfen müssen und auch heute ist uns ein Teil unserer Wohnungen nicht sicher. Wir wissen, was es heißt, keine Wohnung zu haben und für sämtliche Behörden vogelfrei auf der Straße zu sitzen. Wir wissen auch, was es heißt, für eine Wohnung zu arbeiten und zu bezahlen. Ob im SSK Menschen versuchen können, ein wenig freier und gerechter untereinander zu sein als vorher, hängt immer davon ab, ob wir uns ein Dach über dem Kopf, ein Zuhause, erkämpfen und erhalten können.

Bisher hat kein noch so gutes Gesetz der Zerstörung von Köln Einhalt gebieten können. Und es sind immer dieselben Leute, die für die Ausbreitung der Versicherungen und Banken den Kopf halten müssen, nämlich die kleinen Leute. Ein Teil von ihnen ist im SSK. Wir wollen aber nicht, daß immer weiter Menschen in Not und Elend gestoßen werden, weil man ihnen ihre Wohnung und Heimat nimmt. Deswegen haben wir uns für die Erhaltung der Häuser in

der Gladbacher und Werderstrasse eingesetzt, und die GÖTHAER-Versicherung bekämpft.

Die Gladbacherstrasse ist nur eine von unzähligen und die GÖTHAER - Versicherung nur eine von vielen.

Deshalb kämpfen wir gegen die Stadtparkasse und gegen Kaiser - Bau, die in Ehrenfeld ganze Straßenzüge abreißen wollen, gegen die Sanierung im Severinsviertel, der 7000 Menschen weichen müssen.

Denen, die in Villen aufgewachsen sind und Eben, wie Politiker, Beamte und Direktoren, bestreiten wir das Recht, über den Wohnraum der armen Leute zu entscheiden.



Dieses Haus in Ehrenfeld gehört der Kaiser-Bau. Es stand seit 1973 leer.

Im März 1977 besetzte der SSK das Haus, erstattete Anzeige gegen Kaiser wegen Leerstellenlassen von Wohnraum.

Inzwischen ist das Haus wieder voll bewohnt, und die neuen Mieter haben beschlossen, dafür zu kämpfen, daß auch alle anderen leerstehenden Häuser im Viertel wieder vermietet werden.

In Ehrenfeld ist eine Bewegung entstanden, die die Pläne von Kaiser unmöglich macht.



Warum die Rentnerin Maria G. die GOTHAER- Versicherung für Diebe hält

Während der Nazi - Zeit habe ich als politisch Verfolgte im Gefängnis gesessen. Als ich dann entlassen wurde, waren wir Gefangen froh, daß wir der Hölle entronnen waren. Wir kamen in die Trümmer und da fing das Elend von vorne an. Da viele obdachlos waren, habe ich als alleinstehende gedacht, laß zuerst einmal die eine Wohnung haben, die Kinder haben. Aber die ganze Wohnungssuche blieb nur ein Martyrium.

Den politisch Verfolgten wurden dann Wohnungen angeboten, die in der Schillingstrasse gebaut werden sollten. Ich hatte mir eine Wohnung im Hinterhaus ausgesucht, weil ich finanziell nicht in der Lage war Gardinen zu kaufen, die man ja fürs Vorderhaus braucht. - Die Hinterhäuser wurden dann aber gar nicht mehr gebraucht, weil die moderne Sanierung so großspurig geplant hat, daß das ~~praktische~~ wegfallen mußte.

Zuerst habe ich dann was in Lindenthal gefunden, das waren aber keine Wohnungen, sondern zurechtgemachte, ausgebombte Buden. Wir haben da zu dritt gewohnt, hatten was zu Essen und was Wasser. Etwa zwei Monate danach habe ich von einer Bekannten, die mit mir im Gefängnis gesessen hat ein Zimmer in der Boissereestrasse bekommen. Da mußte ich dann raus, weil die Familie über mir das Zimmer benötigte. Von da bin ich in die Allerheiligenstrasse gezogen. Das war ein ehemaliges Altersheim, das auch ausgebombt war. Das haben wir uns mit mehreren Familien fertig gemacht. Da wurden wir im Auftrag der Stadt von der Polizei brutal ausgeräumt, das Haus wurde aber erst Jahre später abgerissen. Von da aus bin ich dann in die Machabäerstrasse gezogen, ein Holländer hat mir ein Zimmer in seiner Wohnung angeboten; da er mich als Freiwild benutzen wollte, bin ich da auch wieder ausgezogen.

Bei einer Familie, die auch in der Machabäerstrasse wohnte, fand ich vorübergehend Unterkunft.

Die ganze Zeit über habe ich als Küchenhilfe oder Putzfrau in Wirtschaften gearbeitet. Ich habe dann eine Arbeit bei einer Familie ebenfalls in der Machabäerstrasse angenommen und auch da gewohnt. Das waren reiche Leute, die meine Not ausgenutzt haben und mir zu wenig Geld zum Leben gegeben haben.

Deswegen habe ich mich wieder mit zwei Familien zusammen getan und wir haben uns ein Haus am Kaiser - Friedrich - Ufer zurecht gemacht. So ging das Elend immer weiter als politisch Verfolgte.

In diesen Häusern trieb sich damals viel zwielichtiges Volk herum und deshalb bin ich aus Angst wieder weggezogen in ein Zimmer in die Weidengasse. Das Haus gehörte einer alleinstehenden Frau, die später zu ihrer Tochter nach Bensberg gezogen ist und das Haus verkauft hat. Der neue Hausbesitzer hat mich dann so schikaniert, daß ich dann ausziehen mußte, ich glaube, er wollte das Zimmer für seine Tochter haben, die unter mir wohnte.

Ich hatte mich inzwischen umgesehen und hatte wieder in der Weidengasse zwei Mansardenzimmer gekriegt, für die ich zahlen mußte. Der Hausbesitzer hat mir dann aber zu wenig bezahlt und ich habe mich beschwert, er wollte aber nicht mehr geben und da mußte ich ausziehen.

Von dort bin ich in die Nievenheimerstrasse gezogen. Da habe ich zwei kaputte Mansardenzimmer bekommen, die ich selbst hergerichtet habe. Nach zwei Jahren wollte der Hausbesitzer 6000 DM haben, damit er das Zimmer modernisieren konnte. Ich wollte das nicht und mußte dann ausziehen. Von dort bin ich zur Linden-

strasse gezogen, da mußte ich 700 DM Abstaß zahlen. Diese Wohnung war aber ein großer Bertug. Die Miete war zu hoch und der Verwalter hatte die Fenster vom Keller zugemauert und dadurch ist die Wohnung feucht geworden, mein Tisch war bis zur Tischplatte verschimmelt. Meine Wohnungsnachbarin hat mir dann später erzählt, daß der Besitzer den Abstand schon von meinem Vormieter gekriegt hätte. Der Besitzer sagte mal zu mir, heutzutage könne man als Hausbesitzer viel Geld verdienen, es sei ja nichts strafbar.

Nach vielem Gerangel beim Wohnungsamt habe ich dann endlich eine Zweizimmerwohnung am Großen Griechenmarkt bekommen. Wir haben zuerst mit Kohle geheizt, dann wurden aber von der GEW die ganzen Wohnungen auf Erdgas und elektrisch umgestellt. Da ich für den Winter mit Kohle und Holz eingedeckt war, konnte ich die Umstellung finanziell nicht verkraftet, da die Miete ja auch viel teurer wurde. Da der Griechenmarkt rundum von Autobahnen zugebaut ist, konnte ich die Wohnung nur wenig lüften, dadurch wurde sie pilschnaß.

Da bin ich zu Ausländern am Rathenauplatz gezogen, weil die eine zu große Wohnung hatten, haben sie mir dann zwei Zimmer und Küche abgegeben. Ich mußte aber zu viel Miete zahlen. Er hat mich betrogen, ich habe dort über die Hälfte der Gesamtmiete zahlen müssen. Deshalb bin ich auch dort ausgezogen.

So bin ich dann zum SSK gekommen und war sehr dankbar, daß ich eine Wohnung ohne viel Bürokratie und Komödienspiel beim Wohnungsamt bekommen habe.

Um es noch zum Schluß zu sagen: ich bin nie die Frau gewesen, die sich nicht bemüht hatte um eine Wohnung. Ich habe immer alle Instanzen in Angriff genommen: Wohnungsamt, Stadt Köln, Makler, Zeitung. Aber seit ich beim SSK bin, habe ich festgestellt, daß das Wohnungsamt unsere Wohnungen verhökert und so den deutschen Bürger um sein Wohn- und Heimatrecht betrogen hat.

Für mich war es sehr schwer, die Last, die ich einzig durch die Wohnungen hatte, finanziell zu tragen. Die Umzüge und der dauernde Wohnungswechsel haben meine ganzen Finanzen aufgefrissen, so daß ich mir nie im Leben etwas leisten konnte.

Ich habe mich deswegen auch gerne an allen Demonstrationen gegen den Abriß der Häuser in der Gladbacherstrasse beteiligt. Weil ich festgestellt hatte, daß dort wesentlich bessere Wohnungen abgerissen wurden, als ich je bei all meiner Mühe angeboten bekommen hatte.

gez. Maria Grazyk

7 Kinder, aber keine Wohnung

oder: Wie kommt eine Dortmunder Familie zum SSK

Ich war bis 21 Jahre im Heim, weil meine Eltern geschieden waren. 1964 bin ich dann nach Dortmund gekommen, zu meiner Mutter. Sie hatte eine kleine Wohnung. Ich aber konnte ein ausgebautes Häuschen mit einem Zimmer, was an das Haus angrenzte, bewohnen. Ich lernte meinen Mann kennen. Wir lebten in dieser Wohnung bis unsere Cornelia zur Welt kam. Dann haben wir eine zwei Zimmerwohnung in Dortmund-Huckarde gefunden, für 80.- DM, weil wir damals nicht mehr hatten. Das war früher ein Pferdestall gewesen! Als wir dort einzogen, waren überall dunkle Flecken an der Wand, die dann vom Vermieter übertapeteziert wurden. Nach einem Jahr kamen die Flecken wieder durch und wir merkten, daß alles feucht war. Ich mußte Cornelia deswegen zu meiner Schwiegermutter geben. Wir beschwerten uns über diese Zustände in der Wohnung bei unserem Vermieter. Man teilte uns mit, wir würden zu wenig lüften. Wir beschwerten uns beim Ordnungsamt. Die haben ihn dann darauf angeschrieben, und dann konnten wir ausziehen, angeblich weil sein Sohn die Wohnung brauchte. Dann kriegte man ja eine besondere Kündigungszeit und ich kannte jemand, der hatte ein eigenes Haus. Da war eine fünf Zimmerwohnung frei, ein Altbau, die habe ich dann für 150.- DM gekriegt. Wir haben dort gewohnt, bis das fünfte Kind unterwegs war. Mein Mann ging dann nicht mehr arbeiten, dann kamen wir mit der Miete in Rückstand. Mein Schwiegervater hat dann ein paar mal Geld aufgenommen, aber dann hat er das auch nicht mehr gemacht. Dann kriegten wir eine Räumungsklage. Da wußte ich nicht mehr was ich machen sollte, bin zum Liegenschaftsamt gegangen. Auch zur Zeitung. Aber wenn ich mal die Wohnung in Aussicht hatte, dann hieß es, mit so vielen Kindern geht das leider nicht. Wir sind dann in die Obdachlosensiedlung gekommen. Zwei kleine Zimmer in einer Holzbaracke hatten wir dort. Hier sind dann auch unsere letzten zwei zur Welt gekommen. Dann wurde es mit meinem Mann ganz schlimmer, er fing an zu saufen und ging überhaupt nicht mehr arbeiten. Ich wollte mich von meinem Mann scheiden lassen, aber weil er mir versprochen hatte, nicht mehr zu saufen, versöhnten wir uns wieder. Ich habe dann drei Jahre eine Wohnung gesucht, weil ich dachte, daß er dann das Saufen aufgibt, habe aber nichts gefunden. Die Stadt hatte sowieso nichts und die anderen waren zu teuer, oder wir hatten zu viele Kinder. Durch die Zeitung habe ich dann eine Wohnung, 6 Zimmer, 300.- DM, gefunden. Es war ein Altbau. Die Vermieterin hat am Telefon gefragt, wieviele Kinder ich denn hätte. Da habe ich gesagt drei. Als die Wahrheit rauskam, hat sie zwar ein bißchen Theater gemacht, aber gekündigt hat sie uns nicht! Mein Mann soff jetzt auch nicht mehr so viel wie früher aber wegen dieser ganzen Sache aus der Obdachlosensiedlung, hatte ich mich von meinem Mann so weit auseinandergeliebt, daß es einfach nicht mehr ging. Aber der Kinder zu Liebe habe ich mich immer wieder überreden lassen, zu bleiben. Finanziell bin ich ja auch ganz gut zurecht gekommen, weil die Miete so billig war. Wo mein Schwiegervater dann gestorben ist, war's ganz aus, weil der meinen Mann unter Kontrolle hatte. Da wußte ich nicht mehr, weil die Kinder ungerecht behandelt wurden, sie mußten meinen Mann bei seinen Saufereien bis spät in der Nacht begleiten. Die Folge davon war, daß ihre schulischen Leistungen immer schlechter wurden. Ich trennte mich von meinem Mann und kam zum SSK.

Ich konnte auch einmal eine Neubauwohnung für 600.- DM haben. Aber da hätten wir nur ganz kurz gewohnt und wären wieder in der Obdachlosensiedlung gelandet. Weil das doch mit meinem Mann war. Er hat viel versprochen, wir konnten aber trotzdem die Miete bezahlen, weil sie so billig war. Ich war mein Lebtag auf Altbauwohnungen angewiesen, wegen meiner vielen Kinder und meinem Mann. In Dorstfeld, wo ich gewohnt habe, wird jetzt auch saniert; alle Häuser werden weggerissen. Wo ich jetzt nach Köln kam, habe ich dasselbe gesehen. Wegen so was wie der Gothaer bleibt einer Familie wie wir sie sind, nur die Obdachlosensiedlung.

gez. : Bärbel Bröker

EINE STADT VERÄNDERT IHR GESICHT



Dortmund 1950 (Kielstraße)



Dortmund 1977 (Düppelstraße)

Wir fordern:

SOFORTIGEN ABRISSTOPP IM NORDEN

ÄNDERUNG DES SANIERUNGSPANS VON 1966

VERMIETUNG UND RENOVIERUNG DER LEERSTEHENDEN WOHNUNGEN

SOFORTIGEN RÜCKTRITT VON STADTRAT DANNEBOM UND AMTSLEITER BECKER

DSH Dortmunder
Selbsthilfe

Tel.: 81 66 11

Interessengemeinschaft
Düppelstraße

Tel.: 81 51 17

"Wir können nicht anders als größer werden."

(Karl-Otto Maercks, Gothaer Versicherung)

Die GÖTHAER und das Recht

Am Anfang stand der Plan, in Köln eine moderne "City" zu schaffen, frei von aller Enge und Verkehrsbehinderung der alten Stadt. Die Kriegszerstörungen boten genügend Gelegenheit dazu, und so durfte sich jeder in der Stadt ansiedeln, der Geschäfte und damit Steuern versprach, oder auch nur Ansehen. Der WDR, die Allianz, Gerling, jeder bekam großzügig Grundstücke verkauft, gleichgültig ob es sich dabei um ehemalige Wohnhäuser handelte oder nicht. Baugenehmigungen gingen im Schnellverfahren über die Bühne, Die Stadt war froh, daß sich etwas tat.

Die Gothaer Versicherung bekam, gleich neben der Allianz und in Nachbarschaft mit Gerling und vielen anderen namhaften Versicherungen, ein besonders schönes Grundstück. Es war ein kleiner Park mit altem Baumbestand, in Kölns ehemaliger Nobel-Lage, am Kaiser-Wilhelm-Ring, am Rande eines feinen bürgerlichen Wohnviertels, das vom Krieg weitgehend verschont geblieben war. Schließlich wollte die Gothaer auch bauen. Damit hatte die Stadt auch gerechnet, und man versuchte, der großen Firma behilflich zu sein, die wiederum der Stadt Köln beim Aufstieg zur Versicherungshauptstadt behilflich zu sein versprach. Das Bauamt wollte alte und neue Architektur verbinden, wollte das alte Stadtbild schonen und der Versicherung trotzdem zu einem großen und damit preisgünstigen Bau verhelfen. Man schrieb am 15.12.1959:

"Der Kaiser-Wilhelm-Ring als eine der bedeutendsten Ausweitungen der Kölner Ringe, muß auch in seiner Randbebauung dominierend bleiben. Der im Vorschlag der Stadt vom März '59 enthaltene 9-geschossige Baukörper ist soweit vom Kaiser-Wilhelm-Ring abgesetzt und so locker in das Hintergelände hineingestellt, daß er der Randbebauung des Kaiser-Wilhelm-Ringes maßstäblich nicht gefährlich werden kann."

Die Versicherung wollte aber nicht "locker ins Hintergelände" bauen, sie wollte ihren Park vollständig bebauen, rundherum, mit Innenhof, und sie wollte in der ruhigen Goebenstraße 7-geschossig damit anfangen. Sieben Geschosse waren für das Viertel ungeheuerlich, dort hatten die Häuser bisher höchstens vier Geschosse. Aber der "Randbebauung am Kaiserwilhelmring" konnten die sieben Geschosse maßstäblich trotzdem nicht gefährlich werden, wie der Beamte vom Bauamt meinte, zumindest nicht in der Zukunft, denn vorn am Ring plante die Gothaer bereits neugeschossig. Aber davon wußte der gute Mann noch nichts, denn die Planungen bei der Gothaer liefen damals schon streng geheim. Er glaubte noch, die Gothaer Versicherung hätte der schönen alte Baumbestand gereizt, als sie das Grundstück erworben hatte. Deshalb hatte er einige Monate zuvor noch an die Versicherungsmanager geschrieben: "Ihr Grundstück zeichnet sich heute aus durch einen sehr schönen Baumbestand. Man sollte versuchen, davon so viel wie möglich zu retten."

Und als die Gothaer Versicherung gar nicht mehr bereit war, sich mit ihrer Hauptverwaltung "locker ins Hintergelände" zurückzuziehen, da wurde der Herr vom Bauaufsichtsamt förmlich, klar und deutlich kündigte er seinem vorgesetzten Beigeordneten, einem Herrn Kleppe an:

"Wenn die Gothaer Feuerversicherung aus irgendwelchen Gründen eine klare Randbebauung ihres Grundstückes für zweckmäßig hält, dann muß sie sich wohl oder übel auf eine 4-geschossige Bebauung, sowohl an der Goebenstraße als auch an der Werderstraße beschränken."

Danach tauchte der energische Herr von der Bauaufsicht, der das Stadtbild und die Bäume schützen wollte, und sogar auf Bauvorschriften pochte ("sowohl an der Werderstraße als auch an der Goebenstraße ist eine 4-geschossige Bebauung vorgeschrieben") in den Akten nicht mehr auf. Ihm wurde wohl ein anderer Aufgabenbereich zugewiesen.

In den Akten erscheint als nächstes am 11.1.61, also etwa 1 Jahr später, ein Bescheid, der der Gothaer erlaubt, die vorgeschriebene Bauhöhe in der Goebenstraße um 3 Geschosse zu überschreiten und nun doch ihr geplantes 7-geschossiges Gebäude zu errichten. Ausgefertigt ist dieser Befreiungsbescheid von ebendemselben Bauaufsichtsamt, das ein Jahr zuvor über den Bauplan noch geurteilt hatte: "...Es ist mir unverständlich, wie ein Architekt angesichts der klaren räumlichen Situation solch einen Vorschlag machen kann."

Immerhin hatte die Gothaer Versicherung es 1961 noch nötig, für das Entgegenkommen der Verwaltung ein kleines Zugeständnis zu machen. Sie verzichtete an der Werderstraße auf ein Geschoß und versprach, dort nur 3-geschossig zu bauen. Das las sich damals so: "Die Gothaer Versicherung verzichtet an der Werderstraße auf die ihr zustehende Geschoßzahl (4) und errichtet an der Goebenstraße einen um 3 Geschosse höheren Baukörper.

Der Bebauungsvorschlag ist zu begrüßen, da durch die nur 3-geschossige Bebauung an der Werderstraße für die gegenüberliegende Straßenseite wesentlich bessere Belichtungsverhältnisse geschaffen werden."

Was das Zugeständnis der Gothaer wert war, kann heute jeder selbst besichtigen: in der Werderstraße stehen inzwischen 7 Geschosse. Aber dennoch ist es dieser Verwaltungsvorgang wert, für die Nachwelt festgehalten zu werden. Er beweist, daß es selbst in der Kölner Stadtverwaltung einmal Leute gegeben hat, die es wagten, wenn auch nur kurz, einer mächtigen Versicherung entgegenzutreten und die Interessen der Stadt und ihrer Bürger höher einschätzten als die Interessen eines mächtigen Unternehmens.

Was sich damals hinter den Kulissen abgespielt hat, welche Gespräche die Gothaer geführt hat und mit welchen Mitteln sie die höchsten Beamten der Stadt dazu gebracht hat, trotz der eindeutigen Rechts- und Sachlage ihr erstes Hochhaus im Werderstraßenviertel zu genehmigen, läßt sich heute nur noch vermuten. Fest steht nur, daß der Gothaer von seiten der Stadtverwaltung nie wieder Schwierigkeiten in den Weg gelegt worden sind, als sie in den folgenden Jahren daran ging, das Viertel immer weiter zu zerstören, immer weitergehende Befreiungen von zwingenden Bauvorschriften zu erlangen und sogar dann nicht, als sie selbst die großzügigsten Genehmigungen überschritt und sich abweichend von Baugenehmigung und Bebauungsplan ihr eigenes Recht schuf. Es spricht allerdings einiges dafür, daß das neue "Gothaer Baurecht" auch in der folgenden Zeit nicht von den unteren und mittleren Beamten des Bauamts gemacht worden ist, Mitglieder der Bürgerinitiative Werderstraße berichteten jedenfalls, daß ein Beamter der Bauaufsicht ihnen gegenüber 1971 geäußert haben soll:

"Wir haben für ihr Stadtgebiet keine Pläne. Wir wissen nichts davon, daß 10 Häuser abgerissen werden sollen. Die Versicherungen kaufen die Grundstücke auf und können damit machen, was sie wollen. Es ist

ein gewaltiger Unterschied, ob Sie einen Bauantrag stellen, oder eine Versicherungsgesellschaft. Ich will ihnen ehrlich sagen: die Stadt wird von den Versicherungen erpreßt."

Immerhin hat sich die Gothaer Versicherung damals noch an ihre Absprache gehalten, die sie mit den höchsten Verwaltungsbeamten getroffen hatte und in der Werderstraße zunächst auch nur dreigeschossige Gebäude errichtet.

Danach wandte sie sich der Vorderseite ihres Grundstückes zu, die am Kaiser-Wilhelm-Ring gelegen ist. Sieben Geschosse waren hier ohne weiteres drin, denn um die Ecke herum hatte man ja auch schon sieben. Das war der Gothaer aber nicht genug, sie wollte an der Schokoladen-seite ihres Hauptgebäudes mit neun Geschossen protzen. Dafür war allerdings keine Zustimmung in den zuständigen Ausschüssen zu erhalten, weil all-en anderen Versicherungen, die neben der Gothaer am Kaiser-Wilhelm-Ring schon gebaut hatten, auch nur sieben Geschosse genehmigt worden waren.

Die Gothaer baute einfach neun Geschosse, und die zwei zusätzlichen Geschosse wurden nie beanstandet, sie wurden aber auch nicht nachträglich genehmigt. Nun ist es unmöglich, daß die Bauaufsicht zwei ungesetzlich errichtete Geschosse übersieht, denn jeder Bau muß vom Bauaufsichtsamt mehrmals abgenommen werden. Es ist auch nicht denkbar, daß mittlere oder kleine Beamte, die solche Abnahme durchführen, von sich aus eine derartige Überschreitung der Baugenehmigung hätten durchgehen lassen. Sie hätten auf jeden Fall ihre Stellung riskiert.

Es ist nur möglich, daß man sich wiederum auf höchster Verwaltungsebene mit der Gothaer geeinigt hat, dieses Mal allerdings nicht mehr nur unter Umgehung der Gesetze, durch eine neue Ausnahmegenehmigung etwa, sondern ganz klar außerhalb der gesetzlichen Vorschriften. Der Hochbaudezernent zumindest muß beteiligt gewesen sein, sicherlich hat er sich bei seinen Parteifreunden und dem einen oder anderen Dezernenten-Kollegen abgesichert. Entweder hat er sich mit der Gothaer abgesprochen: "Wir genehmigen Euch 7, Ihr baut neun, die zwei oberen Geschosse nehmen wir nicht zur Kenntnis", oder die Gothaer hatte ihn schon soweit in der Hand, daß sie einfach zwei Geschosse draufsetzte, und er, als er es erfuhr, die Sache vertuscht hat. Als Stadtrat Bamberger die Sache 1976 im Hauptausschuß des Rates erwähnt hat, und gefragt hat, wer das genehmigt habe, hat er vom Oberstadtdirektor keine Antwort erhalten, nicht einmal eine Beanstandung oder Rüge konnte man vorweisen.

Bisher hatte die Gothaer sich im Verborgenen entwickeln und entfalten können. Die Widerstände, auf die sie stieß waren nur innerhalb der Behörden, die Gesetzesüberdehnungen und Gesetzesbrüche drangen nirgends in die Öffentlichkeit. Keine Zeitung berichtete darüber, niemand nahm davon Kenntnis, nichteinmal den Nachbarn wird bekannt geworden sein, was zwischen Gothaer, Bauaufsichtsamt und Verwaltungsspitze der Stadt Köln lief.

Das änderte sich anfang der siebziger Jahre. Damals ging die Gothaer daran, ihre Zusagen von 1961 zu brechen und die Gebäude in der Werderstraße von drei auf sieben Geschosse aufzustocken. Die Bäume vor dem Haus sollten gefällt werden, der Koloß die Wohnungen der Nachbarn auf der anderen Straßenseite verdunkeln. Einige wollten das ungehemmte Wachstum der Versicherungen nicht mehr einfach hinnehmen. Erster Widerstand keimte auf.

Unruhe hatte sich im Viertel breit gemacht. Überall war das Vor-rücken der Versicherungen zu sehen. Häuser wechselten ihre Besitzer, die Mieter wußten nicht mehr, wer eigentlich Hauseigentümer war. Wohnungen wurden gekündigt und nicht wieder vermietet. Dringend er-forderliche Renovierungsarbeiten von Jahr zu Jahr hinausgezögert, in leeren Wohnungen bleiben die Gardinen hängen und wie von Geister-hand erleuchten sich jeden Abend die Fenster, Hauseigentümer erhalten für ihre Altbauten plötzlich Phantasipreise geboten. Bei denen, die nicht verkaufen wollen, sprechen Beamte der Stadt vor und reden zu-erst von öffentlichem Interesse, wenn sie weiterhin auf taube Ohren stoßen, sprechen sie auf einmal von Enteignung, Anfragen und Be-schwerden einzelner Mieter bei der Stadtverwaltung bleiben ohne Ant-wort. Sogar die Stadtverordneten stoßen auf eine Mauer des Schweigens. Keiner weiß was, niemand ist zuständig, keiner ist berechtigt, Aus-künfte zu geben.

Im Stadtplanungsausschuß mußte deshalb mit Widerstand gerechnet werden. Um die Stadträte einzuwickeln, hatte sich die Gothaer eine kleine Geste einfallen lassen: sie ließ von einem modernen Künstler vor ihrem Hauptgebäude mitten auf dem Kaiser-Wilhelm-Ring eine mo-derne Brunnenplastik errichten. Sie streute das Gerücht aus, das Blechgerippe habe 450.000,- DM gekostet und schenkte es am 4.10.71 der Stadt. Eine Woche später reichte sie ihren Bauantrag ein.

In der Sitzung des Stadtplanungsausschusses am 13.12.71 wurde der Plan der Verwaltung vorgetragen. Als er auf Widerspruch stieß, war die Verwaltung zu einem Kompromiß bereit und bot die Reduzierung des Bauantrages auf 6 Geschosse an. Stadträte, die trotzdem nicht zu-stimmen wollten, wurden vom Oberstadtdirektor mit Drohungen weich gemacht:

"Wenn das Bauvorhaben von der Stadt nicht bewilligt würde, würde die Gothaer die Stadt für die Erschließung regresspflichtig machen. Die Stadt aber hätte kein Geld und könne sich das nicht erlauben. Deshalb bliebe der Stadt gar nichts anderes übrig, als dem Bauvorhaben zu-zustimmen.

Ein Stadtrat, der auf diese Weise zur Stimmabgabe erpreßt worden war, war der Stadtrat Bamberger. Er war ein alter Hase, seit vielen Jah-ren im Stadtrat, politisch im linken Flügel der SPD angesiedelt, ein Mann mit Erfahrung und taktischem Geschick.

Hier ließ er sich wie ein Schuljunge einschüchtern. War die recht-liche Lage nicht ganz klar? Hatte die Gothaer nicht 1961 sich selbst auf drei Geschosse in der Werderstraße beschränkt, und hatte nicht der Bebauungsplan seit eh und je 4 Geschosse vorgeschrieben?

Wer so denkt, vergißt, welche Wirkung im Rat entsteht, wenn die Rechts-professoren aus der Stadtverwaltung, unterstützt von den Rechtsan-wälten aller Fraktionen, Rechtsgutachten abgeben, die Paragraphen herunterrasseln und die jeweils "eindeutige Rechtslage" darstellen. Dabei vergessen sie auch nie, auf Schadensersatzforderungen aufmerk-sam zu machen und auf Starfvorschriften, die jedem drohen, der sich ihrer "eindeutigen Rechtsmeinung" nicht anschließt. Keiner wagt dann noch, den Mund zu öffnen. Nirgendwo, auch nicht auf der kritischsten und oppositionellsten Bank, regt sich dann noch Widerspruch. Ihre Rechtskenntnis wird nie bezweifelt. Und sie sind sich alle immer einig.

Natürlich ist das meiste davon Bluff. Denn es gibt überhaupt keine politische Ansicht, die sich nicht auch juristisch begründen ließe. Bluff und Einschüchterung des Gegners gehören zum Handwerkszeug jedes Advokaten. Aber auch das würde nicht genügen, den alten Hasen Bam-berger einzuschüchtern. Aber da ist dann noch das unbestimmte Gefühl: selbst wenn die Unrecht haben und lügen wie gedruckt, so muß man

dennoch damit rechnen, daß sie es so fein drehen und wenden, daß sogar das Gericht darauf herabfällt und am Ende die Stadt wirklich Schadensersatz bezahlen muß und man selber sogar noch bestraft wird.

Die Juristen im Rat sind auf der Seite der reichen und mächtigen Versicherungen, weil meist Anwaltspraxen ihre Interessen vertreten und als Rechtsanwalts-Unternehmer mit den Interessen der Großunternehmer vielfach verknüpft sind. Es ist nicht zufällig, daß sich unter den Rechtsanwältinnen im Rat die meisten Millionäre befinden, so wie Oberbürgermeister John van Nes-Ziegler oder Bürgermeister Jacobs. Die anderen Anwälte, die erst mal reich werden wollen, wie Artzinger-Bolten oder Bürgermeister Blens, sind selbst schon im Solde von Versicherungen oder erhalten Aufträge von ihnen. Diese Anwaltspraxen sind kleine, mittelständische Unternehmen, die sich mit den Großen zusammengeschlossen haben, und von ihrem Wohlergehen profitieren. Holen sie viel Geld für die Großfirmen herein, verdienen sie viel, holen sie wenig Geld für sie herbei, müssen sie sich nach anderen, ärmeren Kunden umsehen.

Die Versicherungen brauchen also ihre Interessen in der Stadt gar nicht selbst zu vertreten, sie haben ihre Anwälte schon auf den Bänken der Stadtverordneten sitzen.

Besonderes Gewicht bekommen diese "Rechtsemeinungen" aber dadurch, weil die Spitzenjuristen der Stadtverwaltung, allen voran Oberstadtdirektor Mohren, sie außerdem scheinbar unabhängig und sachlich vertreten. Dieser geballten Macht der Versicherungs-Anwälte auf den Abgeordnetenbanken und der Versicherungs-Vertreter auf der Bank der Stadtverwaltung ist der normale Abgeordnete nur schwer gewachsen.

Für Mohren, Baecker und die Gothaer war die Angelegenheit damit klar. Sie hatten sich zusätzlich beim Regierungspräsidenten rückversichert, der hatte allem zugestimmt. Sie kamen auch nicht in Bedrängnis, als die Bürger einen Runderlaß des Ministers zum Bundesbaugesetz fanden, in dem genau festgelegt war, welchen Abstand ein Neubau zu seinem Nachbar halten muß, damit diesem nicht Luft, und Licht genommen werden. Nach diesem Erlaß waren in der Werderstraße nur 3 Geschosse möglich, jedes weitere Geschos mußte um 4,50 m terrassenförmig zurückgesetzt werden.

Als die Bürger Mohren darauf hinwiesen, erteilte er der Gothaer einfach Befreiung von diesem Erlaß. Ebenso der Regierungspräsident. Sie bestimmten lediglich, daß das 6. Geschos zurückgesetzt wird. Davon unberührt plante die Gothaer weiterhin 7 Geschosse. Sie hatte ja bereits erfahren, daß Baecker und Mohren die Bauvorschriften in ihrem Falle nicht anwenden.

Die Abstimmung im Stadtplanungsausschuß war für Mohren, Baecker und ihre Geschäftspartner in der Wirtschaft immer der Abschluß ihrer gemeinsamen Bemühungen gewesen. Hatte der Ausschuß des Rates unter welchen Bedenken, Auflagen und Bedingungen auch immer, zugestimmt, dann konnte die Versicherung ans Werk gehen, und sie konnte sicher sein, daß nie wieder jemand nach einer Baugenehmigung fragen würde, auch wenn man einige Geschosse zugab.

Nun begannen die Leute im Viertel selbst sich gegen die Versicherungen zusammenzuschließen und verlangten von der Stadtverwaltung Rechenschaft.

Baecker und Mohren interessierte das nicht. Sie führten sich auf, als gäbe es keine Bürger. Trotz aller Beschwerden ließen sie die Gothaer mit dem Bau anfangen. Die Bürger wandten sich wieder an den Regierungspräsidenten, sie wandten sich an den Innenminister.

an die Bundesregierung, alles vergeblich. Die Gothaer baute immer weiter. Hektisch wurde die Gothaer erst, als ein Mitglied der Bürgerinitiative, der gleichzeitig Hausbesitzer in der Werderstraße, gegenüber der Gothaer war, das Verwaltungsgericht anrief. Da wurde das Bautempo aufs Äußerste gesteigert, damit der Bau möglichst weit fortgeschritten ist, wenn ein Baustopp kommt.

Dieser Baustopp hätte eigentlich sofort verfügt werden müssen, denn es gab bereits ein Urteil des Verwaltungsgerichts Köln vom 17.9.71 in einer anderen Angelegenheit, daß folgenden Wortlaut hatte:

1. Ob § 8 Bundesbaugesetz und die Abstandsflächenverordnung nachbarschützenden Charakter haben, ist ungewiß. (Das sollte erst noch ein höheres Gericht entscheiden.)

2. Diese Ungewißheit reichte aber schon aus, dem Nachbarn einen Anspruch auf Stilllegung des Bauvorhabens durch die Baugenehmigungsbehörde zu geben, soweit durch den Bau § 8 der Abstandsflächenverordnung verletzt wird.

Über dieses Urteil schritten die Starjuristen an der Spitze der Kölner Stadtverwaltung ungerührt hinweg. Die Achtung vor dem Recht, und den Gerichten, die sie sonst immer im Munde führen, fiel ihnen hier nicht ein.

Es gelang ihnen, die Entscheidung in Sachen Gothaer solange hinauszuzögern, bis der Bau fast fertig war. Als schließlich das Oberverwaltungsgericht in Münster, an das die Entscheidung inzwischen weitergegeben war, zum Ortstermin nach Köln kam, war in der Nacht vorher das siebte Geschoß gerade betoniert worden. Baecker und Mohren waren sich ihrer Sache damals noch so sicher, daß sie die Bürger nach Gutsherrenart abkanzeln, wie weiland ihre Vorgänger, die preußischen Regierungspräsidenten und die Landeshauptleute der Rheinprovinz. Es sind Dialoge und Äußerungen überliefert, die man heute nur noch selten hört.

So bezeichnete Baecker die Bemühungen der Bürgerinitiative als "tächerliches Gemache", das auf einer gewissen Umweltwelle schwimmt. Als er sich ihnen schließlich einmal stellen mußte, kam es folgendem, klassischem Dialog:

Bürgerinitiative: "Sie sagen, sie müssen die Interessen aller Parteien, auch die der Versicherungen vertreten. In welcher Weise sind sie in der Werderstraße den Interessen der Bürger entgegengekommen?"

Baecker: "Ich habe dafür gesorgt, daß das 6. Geschoß zurückgesetzt wird."

BÜ: "Aber das 6. Geschoß wird doch gar nicht zurückgesetzt. Im Gegenteil, es wird noch ein siebtes daraufgesetzt und vielleicht auch noch ein 8."

Baecker: "Wenn ihnen das nicht gefällt, warum ziehen sie dann nicht ins Grüne?"

Als das Oberverwaltungsgericht in Münster schließlich zur Entscheidung kommt, ist der Bau fast fertig. Das Gericht wagt es nicht, der Gothaer einen Abbruch aufzuerlegen. Zur Begründung gibt Richter Dr. Xaver Müller den Bürgern einige Worte mit auf den Weg, die man kaum zu glauben vermöchte, wenn sich nicht einige Bürger dafür verbürgen würden. Er sagt: "Sie können doch nicht erwarten, daß wir bei diesem großen Bürohaus das gleiche Urteil fällen, wie bei einem Einfamilienhaus." Vorher soll er schon geäußert haben: "Wir müssen erst in Bonn Rücksprache nehmen." Besser kann ein Richter seine eigene Befangenheit nicht begründen.

Auf der rechtlichen Ebene hat die Gothaer mit Hilfe von Mohren, Baecker und anderen befreundeten Rechtsanwälten im Stadtrat auf der ganzen Linie gesiegt. Selbst die Gerichte streckten vor ihren juristischen Tricks und vor ihrer Macht die Waffen. Mit ihrem Geld hatte die Gothaer die Verwaltung, den Rat und schließlich sogar die unabhängigen Gerichte sich gefügig gemacht. Der ganze Staat lag ihr zu

FÜßen. Der anfängliche Widerstand von einzelnen Beamten, später einzelnen Stadträten, später einzelnen Richtern hatte nichts bewirken können.

Durch diesen Rundumschlag aber hatte die Gothaer in der Bevölkerung eine Stimmung geschaffen, die allmählich den Politikern gefährlich zu werden drohte, besonders denen in der SPD.

Denn dieses Verhalten der Staatsorgane stand in immer schärferem Widerspruch zu den Äußerungen führender Politiker aus der Regierungskoalition. Besonders der damals regierende Wohnungsbauminister Vogel hatte, gestärkt durch seinen Bundeskanzler und Parteivorsitzenden Willy Brandt, den Mund sehr voll genommen. Unter der Überschrift "Aufbruch in die humane Stadt" hatte er getönt:

"Die Städte befinden sich in einer Krise. Und die Überwindung dieser Krise ist ein Menschheitsproblem ersten Ranges. Wir vernehmen bereits das unterirdische Grollen sozialer Beben: die Bevölkerung wird aus den Innenstädten verdrängt. Die Bürger, denen die Entwicklung ihrer Stadt immer undurchschaubarer und beeinflussbarer erscheint, resignieren. Schutzwürdige Bausubstanz wird rücksichtslos zerstört, Landschaft wird zersiedelt. Die Zentren der Verdichtungsgebiete drohen zu veröden."

Eine Fülle von Gesetzen stammen aus dieser Zeit, die alle den Schutz der kleinen Mieter und ihrer Wohnungen bezwecken: Mieterschutzgesetz, Zweckentfremdungsgesetz, Städtebauförderungsgesetz.

Die Zeitungen nahmen sich nun in großen Artikeln der Bürgerinitiative an. Die Machenschaften der Gothaer und der Stadtverwaltung fanden sich auf den Seiten des Stadtanzeigers ebenso wieder wie zerstörte Häuser und die Abholzung des letzten Baumes in der Werderstraße. Demals, 1973, näherten sich auch die Kommunalwahlen mit riesigen Schritten. Und so preschte schließlich Altsozialist und SPD-Ratsherr Bamberger in die Öffentlichkeit und kündigte dem Rat eine Liste von 40 Häusern im Viertel Werderstraße/Hansaring an, die schon heimlich leergesäumt seien, in denen aber noch die Gardinen baumelten und Angestellte der Versicherungen abends die Lichter an und ausknipsten..

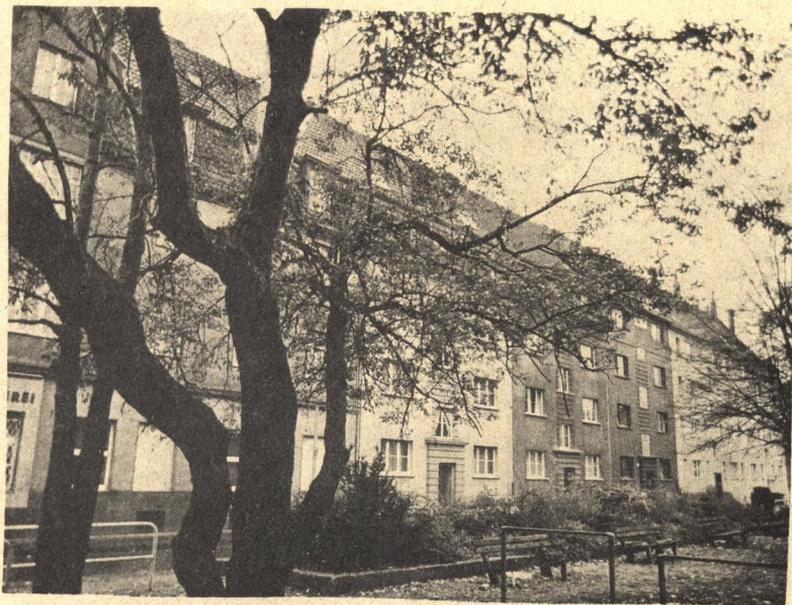
Unter diesem Druck aus den eigenen Reihen beschloß der Rat schließlich eine Veränderungssperre für das ganze Viertel. Der Bürgerwille schien nun doch endlich gegen Versicherungswillkür gesiegt zu haben, das Viertel in letzter Sekunde gerettet worden zu sein.

Und wirklich, drei Jahre lang, bis zum Herbst 1976, war im Viertel Ruhe. Keine Wohnung wurde geräumt, kein Haus abgebrochen. Nachträglich erscheint die Veränderungssperre allerdings nur als ein Trick, um die Bürger einzuschläfern, die Bürgerinitiative abzuschalten und auf ein günstigeres politisches Klima zu warten. 1976 jedenfalls lagen die Abbruchpläne genauso wieder auf dem Tisch, wie sie 1973 unter'm Tisch verschwunden waren. Ja, es stellte sich nun heraus, daß die "Veränderungssperre", die von Rat und Presse gemeinsam als großer Erfolg gefeiert worden war, nur Veränderungssperre heißt, aber in Wirklichkeit gar keine ist, denn sie verbietet zwar Umbauten an Gebäuden, also auch Renovierung, erlaubt aber den Abbruch von Gebäuden!

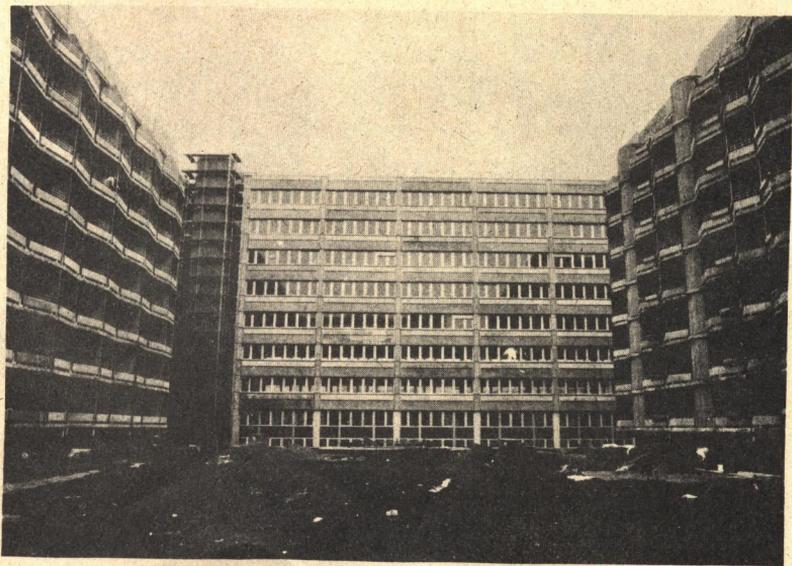
Mit diesem faulen Trick war es der Verwaltung gelungen, das heiße Thema vom Tisch zu kriegen, ohne von ihren ehrgeizigen Plänen irgendwelche Abstriche machen zu müssen. Die Wirkung auf die Menschen im Viertel war dagegen verheerend: Die Bürgerinitiative löste sich auf, weil nichts wiederhergestellt und nichts erneuert werden durfte gaben viele auf und zogen fort. Das Schlimmste an diesem Betrug war aber: es gab für die gutgläubigen Bürger kein Kampfziel mehr, das sie geeint und zum gemeinsamen Widerstand ermuntert hätte.

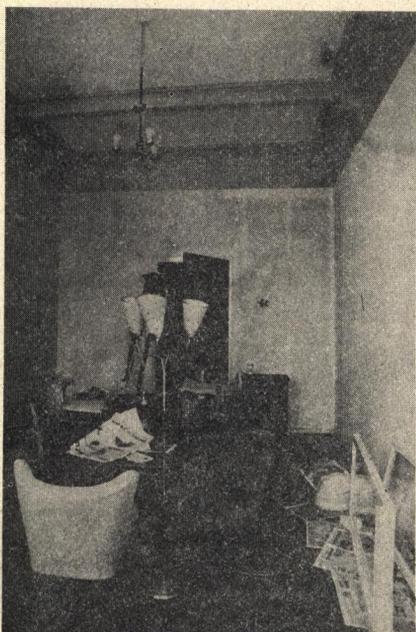
Als der Abbruch der Häuser Gladbacherstr. 1-7 und Werderstr.62/64 im Herbst 76 auf die Tagesordnung des Hauptausschusses des Rates gesetzt wurde, lag das nur daran, daß der Abbruch von jedem als Denkmal eingestuften Haus im Hauptausschuß des Rates genehmigt werden muß. Niemand erwartete irgendeine Behinderung oder Verzögerung,genausowenig wie beim Abbruch einer alten Klosteranlage in Junkersdorf, die in 2 Minuten abgestimmt wurde.

Es kam aber anders: Kurz vor diesem Termin hatte der SSK begonnen, sich für die Häuser zu interessieren....



Im Hansaviertel und im Friesenviertel haben Versicherungen den Stadtteil zerstört. In Zollstock ist es Doktor Minninger mit seinen Firmen „Treureal“ und „Seniorenwerk Christopherus“ die mit ihren Betonburgen den Menschen aus den Vierteln verdrängen. Da werden den Alten erst die billigen Wohnungen abgerissen, um sie dann anzulocken, in den teuren Appartmenthäusern ihre „Goldeenen Jahre“ zu verbringen.





Aachenerstr. 67



Niehlerstraße

Hier opfert die STADT KÖLN guterhaltene
Altbauten für einen Parkhausbau und für
Autobahnzubringer.

Die Geschichte vom Widerstand

Die Vertreibung der Mieter

Die Häuser Gladbacherstr. 1 - 7 und Werderstr. 62 u. 64 waren die letzten Wohnhäuser im Gothaer-Block. Ende der 60er Jahre begann die Versicherung mit dem Kauf dieser Häuser. An ihrer Stelle plante sie einen Erweiterungsneubau für ihre Direktion.

Am Anfang der 70er Jahre begann die Vertreibung der Mieter aus diesen Häusern. Die meisten Leute hatten jahrelang hier gelebt, zum Teil Jahrzehnte. Die Menschen, die hier eine feste Gemeinschaft gebildet hatten, die ihre Nachbarn, Geschäfte und kleinen Kneipen kannten, die hier noch in finanzieller Selbständigkeit und Unabhängigkeit leben konnten, weil die Mieten niedrig waren, wurden auseinandergerissen und in alle Himmelsrichtungen verstreut. Heute findet man sie größtenteils am Stadtrand in sündhaft teuren Neubausiedlungen, vom Wohlfahrtsstaat abhängig geworden, in Altenheimen und manche auf dem Friedhof. Wenn einer nicht schnell genug verschwand, wendete die Gothaer alle üblen Tricks an, die sie kannte, schreckte auch vor Drohungen und Nötigung nicht zurück. Sie drängte alle Mieter auf einen schnellen Auszug, da ihre Häuser in allernächster Zeit abgerissen würden.

Tatsächlich hatte sie noch keinerlei Abbruchgenehmigung, geschweige denn eine Genehmigung für den geplanten Büroneubau. Die Gothaer hatte es mit dem Rausschmiß der Mieter so eilig, weil die Verabschiedung von einem neuen Gesetz bevorstand: Am 8.3.72 erging die Zweckentfremdungsverordnung zum Schutz von Wohnraum. Danach darf Wohnraum nicht länger als drei Monate leerstehen, und vor allem: darf Wohnraum umgewandelt werden! Dann wäre es mit dem Büropalast erstmal vorbei gewesen.

Bei der letzten Mieterin der Gladbacherstr. 1 schien es mit dem Stichtag nicht zu klappen. Sie war bereits gekündigt worden, hatte aber noch keine Wohnung gefunden. Da sie jahrzehntelang im Hansaviertel gelebt hatte und nicht gerade mit Reichtümern gesegnet war, wollte sie auch hier alt werden und suchte eine billige Wohnung im Viertel. Kurz vor dem letzten Auszugstermin bekam sie eine in der Gladbacherstraße. Am Wochenende vor diesem Montag transportierte ihr ein Verwandter den größten Teil ihrer Möbel mit seinem PKW in die neue Wohnung. Die Kücheneinrichtung, Gardinen und Lampen blieben noch in der alten Wohnung, die wollten sie am Montag nach der Arbeit abholen. Als sie dann gegen 17⁰⁰ Uhr ihre alte Wohnung betrat, traf sie ein Schock: Die Wohnungstür war eingetreten, Klo und Waschbecken zertrümmert, alle Gardinen und Lampen heruntergerissen, die Lebensmittel aus dem Küchenschrank gegen die Wand geschmissen und im Zimmer verstreut, der Schrank zerschlagen. Den letzten Teil ihrer Möbel konnte sie nur noch zur Müllkippe bringen.

Frau Haas erstattete Anzeige wegen Einbruch/Diebstahl und Sachbeschädigung, aber die Täter wurden nie ermittelt. Wer sie waren, wußten allerdings alle. Nachbarn hatten am Vormittag gesehen, wie eine Gruppe von Arbeitern in blauen Overalls, mit Schlüsseln und ohne alle Heimlichkeit das Haus betreten hatte, und sie hatten auch Schläge gehört. Nur bei der Gothaer wußte man nichts von alledem! Frau Haas bekam zwar ihre Möbel von ihrer Versicherung ersetzt, die Gothaer mußte nichts bezahlen. Die Anzeige wegen Einbruch wurde eingestellt.

Trotz aller Tricks und Drohungen, trotz Gewalt wohnten nach März 1972 noch Leute in den Häusern Gladbacher-/Werderstr. Das war einmal der Wirt Siegel aus der Gladbacherstr. 7. Er hatte unten im Haus seine Kneipe und im ersten Stock die Wohnung. Er hatte einen Pachtvertrag bis 1980 und den wollte er auch einhalten. Er führte jahrelang Prozesse gegen die Gothaer. Aber er ging auf die 60 zu, war herzkrank, viele seiner Gäste waren bereits aus dem Viertel verjagt worden, die Angst um seine Existenz machte seiner Gesundheit schwer zu schaffen. Nach jahrelangen zähen Verhandlungen erklärte er sich Ende 1974 mit einer Abfin-

zung zufrieden und zog aus. Er ging ganz weg aus Köln, heute sitzt er in Freiburg und kommt nicht mehr hierher, weil ihm der Anblick seiner alten Heimat und die Erinnerungen an seinen Kampf darum zu wehtun.

Und mindestens noch einen hatte die Gothaer übersehen: Die Wohngemeinschaft des Herrn Kievernagel, Studenten, die bis Anfang '74 in der Gladbacherstr. 5 gewohnt hatten. Am 15.11.76 fand der SSK diesen Zettel an einer Wohnungstür mit tesa-film angeklebt:

Eine wahrhaft ungewöhnliche Form der Kündigung, für die reiche Gothaer möglich. Bei einem kleinen Hausbesitzer heißt so etwas Nötigung!

Herrn Kievernagel
Wir bitten Sie, umgehend zwecks
Klärung des Mietverhältnisses bei
unserer Gen.-Direktion, Zimmer 538,
vorzusprechen, da wir laut ab
23.1.1978 über Ihre Wohnung verfüg-
gen werden!
Gothaer
VERSICHERUNGSBANK WAG
A. Hoffmann

Betrug im Wohnungsamt

Im Oktober 1976 erstatteten wir vom SSK zum erstenmal Anzeige gegen die Gothaer Versicherungen wegen Leerstellenlassens von Wohnraum beim Amt für Wohnungswesen, und besetzten kurze Zeit später die Gladbacherstr. 7.

Das Amt antwortete ungerührt, daß der Wohnraum in der Gladbacherstr. 7 bereits vor Inkrafttreten der Zweckentfremdungsverordnung geräumt und "insofern Wohnzwecken entwidmet worden" sei. Diese Behauptung wurde in den nächsten Monaten von allen Verwaltungsstellen als einzig richtig übernommen. Damit unterstützten alle die Abbruchanträge der Gothaer und meinten, deshalb hätten sie kein Recht, der Gothaer den Abriß zu verweigern. Daran änderte sich auch nichts, als von einzelnen Politikern und Ratsmitgliedern massiver Protest kam. Bamberger, SPD erklärte auf der Hauptausschußsitzung am 15.11.76, er selbst wisse genau, daß in den umstrittenen Häusern nach 1972 noch Leute gewohnt hätten. Bamberger lebte schon jahrelang in diesem Viertel er kannte die Häuser und zum Teil ihre Bewohner und hatte im Jahre 1973 in einer Dokumentation den Rat bereits von der Entwicklung im Viertel informiert. Dabei hatte er auch berichtet, daß diese Häuser noch bewohnt waren.

Auch dem Bezirksvorsitzenden der SPD Daubeneck schien die Sache nicht sauber. Er wollte sich nicht auf die kurze Äußerung des Wohnungsamtes verlassen müssen und forderte deshalb beim Ordnungsamt Akteneinsicht, um feststellen zu können, wieviele Menschen nach März '72 tatsächlich noch in den Häusern Gladbacherstr./Werderstr. gewohnt hatten. Als wir deshalb einmal beim Ordnungsamt waren, durften wir die damals geführten Häuserlisten nicht selbst lesen und auch nicht die Namen der dort gemeldeten Leute notieren. Die Sachbearbeiterin erklärte nur, pro Haus seien im August 72 noch 4-8 Personen gemeldet gewesen. Als Daubeneck jetzt anfragte, hieß es für ihn: Die Akten sind nicht auffindbar!!

Jetzt mußten wir davon ausgehen, daß das Wohnungsamt half, einen schweren Betrug zu decken.

Daubeneck beschwerte sich über die skandalösen Vorgänge beim Oberbürgermeister der Stadt Köln, beim Regierungspräsidenten, beim Innenmini-

ster. Trotzdem geschah nichts, keiner der leitenden Beamten wurde auch nur gerügt.

Wir erlebten dasselbe. Unsere Beschwerde leitete der Innenminister an den Regierungspräsidenten weiter, der erbat vom Oberstadtdirektor eine Stellungnahme und damit waren die "Ermittlungen" der Aufsichtsbehörden dann beendet. Eine gesetzliche Kontrolle schien es über die Verwaltungsspitze überhaupt nicht zu geben.

Mit Gewalt und Lügen wird der ungesetzliche Abriss vorbereitet.

Die Gothaer hatte die Häuser jahrelang leerstehen und bewußt vergammeln lassen, sie ließ Fenster und Dachluken offenstehen, zerstörte Kamine und teilweise Installationen. Nach unserer ersten kurzen Besetzung schlug sie noch härter zu. Sie zerstörte das Treppenhaus der Gladbacherstr. 7, mauerte die Türen zu und vernagelte die Fenster im ersten Stock. Wir erstatteten Anzeige wegen Sachbeschädigung und Zerstörung von Wohnraum. Staatsanwältin Bunse stellte die Ermittlungen einen Monat später ein, weil "Sachbeschädigung nur dann vorliegt, wenn sie von einem anderen als dem Eigentümer begangen wird". Sie tat so, als gäbe es keine Gesetze zum Schutz von Wohnraum, keine Baugesetze, als könne sie keine zuständigen Aufsichtsbehörden, an die sie den Tatbestand zumindest weiterleiten muß. Erst auf unsere Beschwerde hin teilte uns der Oberstaatsanwalt ein halbes Jahr später (!) mit, unter welchem Aktenzeichen der Vorgang bei der Stadt behandelt würde. Von dort ist bis zum heutigen Tag keine Stellungnahme gekommen.

Am 2.11.76 fand eine Bezirksvertreterversammlung statt, bei der die Abbruchvorhaben der Gothaer Versicherung diskutiert werden sollten. Stadtdirektor Baumann vertrat dabei die Meinung der Kölner Stadtverwaltung. Die Zuschauer berichteten später, er sei dabei wie ein Direktor der Gothaer aufgetreten, habe nur Argumente für sie gebracht, kein einziges gegen sie.

1.) Die Gothaer habe die Häuser nach Rücksprache mit dem Wohnungsamt auf Abbruch gekauft, jetzt müsse sie auch abbrechen dürfen! Sonst hätten die Bezirksvertreter nachher die Schuld an Regreßforderungen der Gothaer!

2.) Die Abbruchgenehmigung sei bereits erteilt für die Gladbacherstr. 1, also sei die Häuserfront sowieso nicht mehr zu retten.

Bei diesem Punkt stellte sich heraus, daß Baumann "vergessen" hatte, eine Auflage des Wohnungsamtes einzuklagen, die die Gothaer verpflichtete, anstelle des abgerissenen Hauses 500 qm Ersatzwohnraum zu schaffen.

3.) Die Stadt Köln könne die Häuser nur kaufen, wenn sie sie erhalten wolle, sie würden aber 7 Mio DM kosten und das sei der Stadt zu teuer, eine Renovierung würde sich auch nicht lohnen, die Häuser seien abbruchreif.

In Wahrheit waren die Häuser höchstens 2 Mio DM wert. Die Wirtschaftlichkeit einer Renovierung berechnete die Verwaltung nach einem betrügerischen Modellgutachten, das im Auftrag von Wohnungsamt-Chef Keßler erstellt worden war. Die Erstellung dieses Machwerks hatte schon DM 48.000,- gekostet, im Gutachten wird mit falschen Daten und Fakten gerechnet, im Endeffekt kommt dabei heraus, daß eine Renovierung und die späteren Mieten teurer wären als ein Neubau. Ein Kölner Althausbesitzer hatte ein Gegengutachten erstellt, der SSK Strafanzeige gegen die daran beteiligten Beamten.

4.) Mit keinem Wort erwähnte Baumann, daß die Häuser nach 72 noch bewohnt waren, er behauptete, die Zweckentfremdungsverordnung sei nicht anzuwenden.

5.) Besonders empört waren die Bezirksvertreter darüber, daß die Ver-

waltung einen Bebauungsplan für das Viertel "in der Schublade" habe, den sie den politischen Vertretern aber immer nur scheinbar vorzeigen würde. Dadurch könne sich niemand einen Gesamtüberblick verschaffen, die Verwaltung käme ihrer Informationspflicht nicht nach und die Gothaer würde mit allen unsauberen Tricks den Rest dazu beitragen.

Mehrheitlich stimmten die Bezirksvertreter gegen den Abbruch der Häuser in der Gladbacherstraße.

Am 15.11. sollte der Hauptausschuß des Stadtrats über die Erteilung der Abbruchgenehmigung entscheiden. Obwohl die Bezirksvertretung und die Bürger des Viertels sich klar gegen einen Abbruch ausgesprochen hatten, mußten wir wegen der vorausgegangenen Eigenmächtigkeiten und Falschaussagen der Verwaltung davon ausgehen, daß die Häuser für den Bagger freigegeben würden. Einige von uns setzten sich also auf die Dächer, um in aller Öffentlichkeit gegen die weitere Zerstörung des Viertels und die Machenschaften zwischen Stadt und Gothaer zu protestieren.

Diese Protestaktion hat ihre Wirkung erreicht: Der Hauptausschuß wurde unsicher und gab die heikle Angelegenheit in die Fraktionen der Parteien zurück. SPD-Herterich empörte sich wieder über die Verwaltung, die ständig behauptete, der Bauplan der Gothaer decke sich mit dem Bebauungsplan der Stadt, diesen Plan habe kein Rathsherr jemals gesehen. Gleichzeitig forderte der Ausschuß die Gothaer auf, weitere Zerstörungen an den Häusern ab sofort zu unterlassen!

2. Runde

In den folgenden Wochen erzählten uns einige Nachbarn, in den Häusern sei irgendwas im Gange, da würde drin gehämmert, LKWs führen leer auf den Hof und kämen mit Schutt beladen wieder heraus. Wir schrieben an die Staatsanwaltschaft und die Politiker und forderten von ihnen eine Überprüfung, nichts geschah.

Als der Hauptausschuß am 6.12.76 zum zweitenmal über die Abbruchanträge beraten mußte, öffneten wir die Häuser, um für alle sichtbar zu machen, was die Gothaer inzwischen angerichtet hatte: Jetzt hatte sie das Treppenhaus der Gladbacherstr.5 weitgehend zerschlagen.

Auf der Sitzung legte die Stadtverwaltung den neuen Bebauungsplan der Gothaer vor und rühmte deren Entgegenkommen: Jetzt wollte die Gothaer im Erdgeschoß des Bürobaus Läden und Restaurants einrichten, und als Ersatz für den wegfallenden Wohnraum in seinem 6. und 7. Obergeschoß Wohnungen!

Der Vorschlag wurde zwar freundlich aufgenommen, er reichte aber offensichtlich nicht aus, um vor der Öffentlichkeit eine Abbruchgenehmigung zu rechtfertigen. Wer konnte schon Wohnungen in einem Gothaer Direktionsbau bezahlen?? Die endgültige Entscheidung sollte im Stadtrat am 14.12. gefällt werden.

Vandalen am Ring

Gothaer zerstört Wohnhäuser - Verrat durch Stadtrat

Am 21. April hat der Stadtentwicklungsausschuß mit einer Gegenstimme (der von Siefen) und zwei Enthaltungen, der Gothaer den Abriß von 6 teilweise noch sehr gut erhaltenen Wohnhäusern in der Gladbacher Straße und Werderstraße genehmigt.

Damit hat das miese Spiel um den Erhalt oder Abriß der Häuser ein ebenso mieses Ende gefunden: mal wieder wurde das Profitinteresse eines Versicherungskonzerns dem Interesse der Kleinen Leute, die den billigen Wohnraum zum Leben brauchen, vorgezogen.

Verwaltung und Rat beriefen sich zwar auf ein Urteil des Verwaltungsgerichtes, das die Stadt verpflichtet, der Gothaer den Abriß zu genehmigen. Jedoch ist der Abriß nach dem Gesetz nicht möglich, da die Häuser zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Zweckentfremdungsgesetzes bewohnt war.

Bamberger hat dies öffentlich am 17. März in der Ratssitzung gesagt. Ein Brief der Gothaer an einen ehemaligen Mieter und eine schriftliche Darstellung des Wohnungsamtes beweisen diese Aussage.





Immer wieder versuchte der SSK die Häuser von innen und außen zu renovieren.

Jedesmal reagierte die Gothaer mit noch größeren Zerstörungen an den Häusern.

Heute steht der SSK wegen Sachbeschädigung vor Gericht, die GOTHAER mußte bis heute nicht mal ein Bußgeld zahlen!

Presseerklärung

Betr: Wohnraumzweckentfremdung (Gladbacher Straße 3 bis 7)
Hier: Rechtswidrigkeit der Beanstandung eines Ratsbeschlusses
durch den Oberstadtdirektor

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ende vorigen Jahres erregte der Beschluß des Rates der Stadt Köln großes Aufsehen, die Häuser Gladbacher Straße 1 bis 7 entgegen dem Verwaltungsantrag nicht zum Abbruch freizugeben. Prompt erfolgte einige Tage später die angekündigte Beanstandung dieses Beschlusses durch den OStDir Prof. Dr. Mohren aufgrund der bereits vor Beschlußfassung von ihm geäußerten "rechtlichen Bedenken": Die Häuser fielen nicht unter das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum, da sie bereits bei Inkrafttreten des Gesetzes (1972) nicht mehr zu Wohnzwecken benutzt würden.

Die Beanstandung dieser Beanstandung ist bis heute nicht erfolgt, Hinweise auf eine andere Rechtslage waren dem OStDir zu diesem Zeitpunkt bekannt.

Aufgrund der Berichterstattung über meine Anzeige gegen Stadtdirektor Dr. Baumann wegen Wohnraumzweckentfremdung im Falle der "Humboldtsiedlung" in Ostheim erhielt ich zahlreiche Anrufe aus der Kölner Bevölkerung, die einen anderen ^{Tatbestand} als den von OStDir Mohren angeführten im Falle Gladbacher Straße beschworen.

Auf diese Weise konnten zumindest für die Häuser 3, 5 und 7 Bewohner ermittelt werden, die z.T. noch lange nach 1972 ein Mietverhältnis zu Wohnzwecken hatten.

Anfragen beim Einwohnermeldeamt zwecks Absicherung dieser Informationen ergaben lediglich, daß die Akten über diese Häuser nicht mehr zugänglich sind...

Da eine Bevölkerungsgruppe die Verwaltung auf den Tatbestand der länger dauernden Mietverhältnisse bereits im Oktober 1976 hingewiesen hatte, ist folgendes festzustellen:

-27

- X - Es handelt sich hier um einen groben Verstoß gegen geltendes Recht (Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum)
- X - Der Rat der Stadt Köln wurde von der Verwaltung wissentlich falsch informiert
 - Der gefaßte Beschluß des Rates fußte auf ordentlichem und zutreffendem Recht und Tatbestand
 - Die Berichterstattung über den falschen Tatbestand an den Rat erfolgte durch den obersten Dienstherrn und Hüter über die im Interesse der Kommune (und damit im Interesse der Kölner Bevölkerung) erlassenen Gesetze und Verordnungen
 - Die Beanstandung eines ordentlichen, rechtmäßigen und den Interessen der Kölner Bevölkerung entsprechenden Ratsbeschlusses erfolgte vom obersten Dienstherrn einer Verwaltung, die das ausführende Organ der von den parlamentarischen Gremien zu bestimmenden politischen Zielsetzungen darstellen soll.
- X - Verdacht der Verdunklung des tatsächlichen Tatbestandes wegen der Nichtverfügbarkeit der entsprechenden Meldeakten
- X - Verdacht der Begünstigung zu einem Gesetzesverstoß Dritter (Gothaer) dies wahrscheinlich über einen Zeitraum von mehreren Jahren
- X - Interessenverflechtungen, die nicht dem Wohle der Bevölkerung dienen, sind nicht auszuschließen
- X - Beihilfe zur Zerstörung erhaltenswerter historischer Bausubstanz und gleichzeitig relativ billigen Wohnraum
- X - Zufügen von etwaigen Vermögensschäden durch die Möglichkeit von Regressansprüchen der Gothaer, hervorgerufen durch das Verhalten der Verwaltung
- etc.

Hieraus alleine (und vor allem durch Hinzuziehen anderer Fälle, wie z.B. "Humboldtsiedlung") ergeben sich folgende Forderungen:

- Vollständige Aufklärung und Untersuchung der Fälle von Wohnraumzweckentfremdung in Köln durch eine einzusetzende Kommission durch den Innenminister NRW
- Konsequenzen für die Verantwortlichen innerhalb und außerhalb der Verwaltung
- Vollständige Wiedernerstellung (Restaurierung) und Wohnvermietung der durch schleichende Zerstörung betroffenen Bauwerke
- Klärung der Kostenfrage bei Regress (Verantwortliche ?)
- Sofortige Wiedereinsetzung des Ratsbeschlusses
- Verfolgung weiterer Fälle durch rechtzeitige Akteneinsicht des OB

Gothaer

Versicherungsbank VVaG

Der Betriebsrat

5 KÖLN 1, den 10.12.76

Kaiser-Wilhelm-Ring 23-25

Fernruf 57461

An die
Damen und Herren des Rates der Stadt Köln

Betr.: Bauvorhaben der Gothaer Versicherungsbank VVaG auf den
Grundstücken Gladbacher-Strasse 1,3,5 und 7 sowie
Werder-Strasse 62-64

Bezug: Unser Schreiben vom 29.11.1976

Sehr geehrte Damen und Herren !

Der heutige Artikel auf der ersten Lokal-Seite des Stadt-Anzeigers
gibt uns abermals Veranlassung, an Sie zu schreiben.

Dieser Artikel erweckt zunächst einmal den Eindruck, dass es in
den Ratsfraktionen noch zu keiner einheitlichen Meinungsbildung
gekommen ist. Dies mag darauf zurückzuführen sein, dass die mit
der Sache befassten Ratsmitglieder noch nicht vollständig inform-
miert sind. So scheint auch der Eindruck zu bestehen, die in
Frage kommenden Häuser seien jetzt noch bewohnt und die Betroffen-
en müssten sich bei Genehmigung des Abbruchs um neue Unterkünfte
bemühen. Dies alles trifft nicht zu, denn in Wirklichkeit stehen
die Häuser seit Jahren leer.

Für uns erkennbar ist bisher auch nicht angesprochen worden,
dass ein solches Bauvorhaben für längere Zeit eine grössere An-
zahl von Arbeitsplätzen sichert und die vorhandene Unterbe-
schäftigung der hiesigen Bauwirtschaft mindern hilft.

Die Mitarbeiter der Gothaer Versicherungsbank sind enttäuscht,
dass trotz vielfacher und vielseitiger Diskussion immer noch
nicht klar zu erkennen ist, ob nun die beantragten Genehmigungen
erteilt werden oder nicht. Sie gehen davon aus, dass derartige
Genehmigungen grundsätzlich von der Verwaltung der Stadt Köln
erteilt werden können und müssen. Es erscheint unbegreiflich,
weshalb die Verwaltung ihre endgültige Entscheidung insoweit
von der Zustimmung des Rates abhängig machen will. Wir sind
darüber informiert, dass der Vorstand der Gothaer Versicherungs-
bank notfalls eine Klage gegen die Verwaltung der Stadt Köln
erheben wird. Dieser Weg erscheint uns eigentlich nicht ange-
messenen; denn die Gothaer Versicherungsbank mit ihren vielen
Mitarbeitern kann wohl keineswegs als Gegner einer Stadt ange-
sehen werden, in der sie seit über 50 Jahren am Kaiser-Wilhelm-
Ring 23 - 25 eine Betriebsstätte hat. Solche Probleme sollten
besser im Wege der Verhandlung gelöst werden. Der Betriebsrat
der Gothaer Versicherungsbank ist bereit, dabei nach Kräften
mitzuwirken und würde es begrüßen, wenn Sie ihm Gelegenheit
zu einem Gespräch vor der Ratssitzung am 14.12.1976 geben
würden. Eine Abordnung des Betriebsrates wird sich in jedem
Falle 1 1/2 Stunde vor Beginn der Ratssitzung im Rathaus bereit-
halten.

Der Betriebsrat der
G o t h a e r
Versicherungsbank VVaG

Handwritten signatures

-29-

Betrug am Bürger?

- Seit drei Jahren steht der Wohnblock Gladbacherstraße 1-7 und Werderstr. 62/64 leer; das ist verboten!
- Die alten Mieter wurden mit der Drohung, das Haus werde sofort abgerissen, aus ihrer vertrauten Umgebung vertrieben und in alle Richtungen zerstreut; das ist verboten!
- Die stabilen, erhaltenswerten Wohnhäuser müssen einem riesigen Büroklotz weichen; das ist verboten!
- Die Gothaer Versicherung hat diesen Block aufgekauft, leerräumt, die Häuser teilweise zerstört und für den Abbruch vorbereitet. Das ist, streng verboten!

Die Bevölkerung aus dem Viertel ist wütend und empört über das Ausufern der Betonwüste in der Innenstadt. Sie wehrt sich gegen die weitere Zerstörung von Wohnraum. Deshalb versprechen die Politiker aller Parteien schon seit Jahren die Erhaltung von Altbauten, vorneweg der "radikale Vorkämpfer für Mieterrechte" van Nes Ziegler. Zuletzt tönten sie einstimmig auf der öffentlichen Bezirksvertreterversammlung am 2. November, sie würden sich mit aller Kraft für die Erhaltung der Gladbacherstr. einsetzen. Sie verlangten, es müsse endlich ein Zeichen gesetzt werden, damit die Versicherungen nicht mehr machen können, was sie wollen. Laut "Express" vom 10.11. hat die PSP-Fraktion beschlossen, gegen die Erteilung der Abrißgenehmigung zu stimmen.

Wenn man dem Reden dieser Politiker Glauben schenkt, wird auf der Hauptausschußsitzung des Stadtrats am 15.11. beim Thema Gladbacherstr. die Gerechtigkeit triumphieren. Dort müßte die Höhe der Bußgelder für die Gothaer festgesetzt werden, da sie seit Jahren so handelt, als hätte sie die Abrißgenehmigung längst in der Tasche.

Tatsächlich steht aber das Ergebnis dieser **geheimen** Sitzung schon längst fest: der Stadtrat wird der Gothaer die Abrißgenehmigung für die Gladbacherstr. trotz allem erteilen müssen! Stadtdirektor Baumann hat nämlich eigenmächtig Tatsachen geschaffen, durch die die Ratsherren massiv unter Druck gesetzt und erpreßt werden:

- Baumann hat der Gothaer die Abbruchgenehmigung schon vor dem Kauf der Häuser versprochen. Er tritt in dieser Angelegenheit wie ein Direktor der Gothaer auf.
- Er hat im Bebauungsplan für Jan. 1977 das Gebiet Gladbacherstr./Werderstr. für ein 6geschossiges Bürogebäude der Gothaer eintragen lassen.
- Baumann hat im Interesse der Gothaer auch seine eigene Verwaltung hintergangen: Das Wohnungsmacht bei der Gladbacherstr. 1 zur Auflage, daß anstelle des alten Wohnraums neuer errichtet werden muß, dagegen erhob die Gothaer Widerspruch. Als dem stattgegeben wurde, "vergaß" Baumann die Akten in seinem Schreibtisch, bis die Frist, die Auflage einzuklagen, verstrichen war. Diese "Vergeßlichkeit" hat der Gothaer mindestens eine halbe Million eingespart. Ob sie für Baumann ähnlich gewinnbringend war?
- Wohnungsamtsboß Kessler arbeitet mit einem betrügerischen Modellgutachten, um Altbauten wie die Gladbacherstr. als unrentabel zu erklären. In dem Gutachten gilt als typische Altbauernovierung u.a.: Einbau von Aufzug, Penthouse und Zentralheizung.
- Die Abbruchfirma Malta, auf halbgesetzliche Abbrisse spezialisiert, hat bereits den Abbruchauftrag in der Tasche.

Die Sitzung ist geheim, die Herren entscheiden unter sich. Damit sie nicht ganz vergessen können, daß es hier um das Schicksal der kleinen Leute geht, stehen wir vor dem Rathaus.

Wir laden ein zu einer

KUNDGEBUNG

für die Erhaltung der Gladbacherstraße/Werderstraße

am Montag, den 15.11.76
um 16⁰⁰ Uhr am Alter Markt

Wir fordern den Stadtrat auf:

- Keine Abrißgenehmigung zu erteilen!
- Gegen die Gothaer ein empfindliches Bußgeld festzusetzen!
- Eine Untersuchungskommission gegen Herrn Baumann einzuleiten und ihn bis zum Ergebnis vom Dienst freizustellen!

GOThAER erpreßt den Stadtrat

1970 hat die Gothaer angefangen, die Häuser Gladbacherstr.1-7 und Werderstr. 62/64 l.u.r. zu räumen. Sie trieb die Mieter mit Nötigung und Erpressung aus dem Haus, kündigte mit der betrügerischen Behauptung, die Häuser würden sofort abgerissen.

Danach kassierte sie Mieten von Raufirmen, die ihre Arbeiter dort vorübergehend unterbrachten.

1973 beantragte die Gothaer eine Abrißgenehmigung für das Haus Gladbacherstr.1. und erhielt sie auch. Dazu wäre ein genehmigter Bebauungsplan für das Viertel am Hansari nötig gewesen, den gibt es bis heute nicht!

1958 beantragte die Gothaer Versicherung die Baugenehmigung für ein 7-stöckiges Bürohaus, genehmigt wurden nur vier Stockwerke. Die Gothaer begann zu bauen, "stiftete" der Stadt Köln einen 300.000,- teuren Brunnen und zog den 5. und 6.Stock hoch. Am 25.5.73 sollte die Gothaer per Gerichtsbeschluss das Gebäude auf 5 Geschosse zurücksetzen. Das

tat sie nicht, denn Gerichtsbeschlüsse sind d. Gothaer egal.

Im Haus Gladbacherstr.7 hat sie das Treppenhaus völlig zerstören lassen, ohne Abrißgenehmigung!

Herrn Krenemagel

Wir bitten Sie, umgehend zwecks Klärung des Sachverhaltes bei unserer Gen.-Direktion, Boomer 338, vorzusprechen, da wir sonst ab 23.1.1974 über Ihre Wohnung verfügen werden!

Gothaer
VERSICHERUNGSBANK WAG

Gothaer
VERSICHERUNGSBANK WAG
21.11.73

Die Gothaer verfährt mit Menschen und Gesetzen, wie es ihr paßt, wie es ihr den größtmöglichen Profit einbringt. Aber ohne die Hilfe von städtischen Beamten wäre ihr das nicht möglich. Kein Strafantrag ist gestellt worden, kein Bußgeld wurde verhängt.

Stadtdirektor Baumann hat als Chef der Verwaltung alle dreckigen Geschäfte der Gothaer abgedeckt und ihr Hilfestellung geleistet. Jahrelang trat er wie ein Direktor der Gothaer auf und leitete das Geschäft mit dem Abbruch ein. Die Gothaer muß gewaltige Mittel in der Hand haben, um einen Stadtdirektor gefügig zu machen.

Auf der letzten Hauptausschußsitzung fiel sogar dem Rat auf, daß die Verwaltung mit allen Mitteln die Interessen der Gothaer vertritt und dabei deren Straftaten geflissentlich übersieht. Der Rat will nicht mehr mitspielen!

Jetzt reagiert die Gothaer mit Erpressung. Die Bestechung von Baumann genügt nicht, um zum Ziel zu kommen, deshalb erpreßt sie jetzt den Stadtrat mit der Drohung, ihre Hauptverwaltung nach Düsseldorf abziehen, wenn der Abbruchartrag nicht genehmigt wird.

Spätestens jetzt wird sich zeigen, wer die Macht hat: ob das "große Geld" zählt oder die Interessen von kleinen Leuten.

WARNUNG FÜR GOThAER KUNDEN!

Wer mit der Gothaer Verträge abschließt, unterstützt den Abbruch von alten Häusern!

Die Gothaer setzt sich willkürlich über gesetzliche Bestimmungen hinweg, wie genau wird sie sich dann an Verträge halten?

Köln | **Wohnraumverteidigungs**
Salierring 41
Tel.: 21 31 75

Gemeinschaft





WEIHNACH

Vor zwei Wochen konnte man glauben, daß ihre eigenen Wahlversprechen ernst nehmen. Ein empörendes, schmieriges-Gesetz Menschen gibt, die Gesetze und sogar die eigene Geschäft mit dem Wohnraum kleiner Leute schien gestoppt;

Häuser-Abbruch nicht genehmigt:

Versicherungs-Konzern vom Rat gestoppt!

Von GERD-ULRICH BRÄNDENBURG

exp Köln — Die Stadt Köln hat die Gothaer Versicherung erst einmal gestoppt. Der Hauptausschuß hat gestern den vom Konzern gestellten Antrag auf Abbruchgenehmigung von fünf Häusern an der Gladbacher Straße und Werderstraße nicht zugestimmt. Die CDU-Fraktion will darüber noch einmal beraten, erklärt jedoch ebenso wie die beiden anderen Fraktionen ihre Ablehnung. Die Gothaer will auf diesem Grundstück in der Kölner City ein Büro- und Geschäftshaus mit sechs Geschossen bauen.

Wenn Abbruch von Häusern nicht genehmigt werden wird:

Versicherung droht mit dem Abzug aus Köln

Ratsausschuß tagte unter Polizeischutz

VON HELMUT SIGKON

Sieben alte Häuser sind zu einem Poliklinik ersten Ranges geworden. Eine Versicherung will sie abreißen lassen, die Stadtverwaltung ist einverstanden, aber die SPD/FPD-Mehrheit im Rat sagt nein. Ein radikales Gruppchen, die Sozialistische Selbsthilfe Köln (SK), demonstrierte gestern vor dem Rathaus, so daß der Hauptausschuß unter Polizeischutz tagen mußte. Und die betroffene Versicherung, die Gothaer, drohte: „Wenn wir die Abbruchgenehmigung

Entscheidung kam, sondern vertagte.

Oberstadtdirektor Professor Heinz Mohren sah die Rechtslage nämlich so: Es gebe kein Denkmalschutzgesetz, sondern nur einen ministeriellen Rundverlaß, der Verhandlungen empfehle. Diese Verhandlungen hätten zwischen Stadt und Gothaer längst stattgefunden. Deshalb habe die Versicherung der Stadt bereits im Sommer mit einer Unfähigkeitklage gedroht, wenn sie nicht endlich die Genehmigung für den Abbruch erteile. Mohren: „Diese



Dieses "STOP" kam nicht von ungefähr. Der SSK hatte öffentlich aufgedeckt, daß die GOTHAER - Versicherung ihren Plan, einen weiteren Beton - Palast zu errichten, mit gewalttätiger Eigenmacht schon längst in Angriff genommen hatte. Sie hatte 6 Häuser gekauft, die Mieter verjagt (notfalls auch mit Erpressung) und sogar schon mit dem Abriß begonnen. Die fehlende Abrißgenehmigung war für sie kein Problem, hatte doch Stadtdirektor Baumann sie privat und vertraulich zugesichert, und hatte er doch andere Beamte schachmatt gesetzt, weil sie nicht mitspielen wollten. Zweckentfremdungsgesetz, Kündigungsschutz, Denkmalschutz, Verordnungen gegen das Leerstehenlassen von Wohnraum, Bebauungsplan - das alles war für die GOTHAER nur der "Blödsinn", den Politiker vor Wahlen dem Volk erzählen. Zumal ihr die Beamtenschaft

noch anders zur Hilfe kam: Mit einem städtischen Modellgutachten, nachdem die Erhaltung der Häuser unwirtschaftlich und unzumutbar ist - es handelt sich dabei in Wahrheit um einen für 48. 000 DM erstellten Betrug.

Angesichts dieser Tatsachen, die nun öffentlich bekannt waren, trauten sich viele Ratsherren nicht, wie vorgesehen, die Abbruchgenehmigung zu erteilen.

Am 6. 12. wurde wieder verhandelt. Herr Mohren, Oberstadtdirektor, erschien mit 4 GOTHAER - Direktoren (!) die Häuser für 6 Mill. DM kaufen vor dem Hauptausschuß und verlangt die Abbruchgenehmigung. Unverhohlen und massiv übt er Druck auf die kritischen Ratsherren aus: Die GOTHAER sei arm (!), die Stadt müsse sonst (sie sind 1. 5 Mill. wert (!), die GOTHAER würde vor Gericht gehen (we-

TSLEGENDE



gen was eigentlich?), mit vielen Arbeitsplätzen aus Köln abziehen (was für Arbeitsplätze gibt es den in einer Generaldirektion?) und sie zahle ja schließlich Steuern (fehlt so ist das Geld vielleicht beim Ludwig - Museum?). Nach diesen Drohungen machte er für die GOTHAER ein Angebot, um einige Gesetzesübertretungen wenigstens abzuschwächen: 20% des Neubaus würden nunmehr als Wohnungen ausgebaut. (Ein GOTHAER - Direktor privat: "Die Wohnungen werden so teuer, daß selbst ich sie nicht mehr bezahlen kann, nach einem Jahr Leerstehens wird dann die Zweckentfremdung genehmigt und alles ist o. k.") Ein wahrhaft jämmerlicher Trick. Die Herren Direktoren sagten gar nichts mehr, besser als Mohnen hätten sie's wirklich nicht machen können. (Haben sie übrigens schon mal gehört, daß der Herr Pro-

★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★
★ Die Bundesregierung kürzt die Renten der kleinen Leute, um die Unternehmer zu schonen. Der Stadtrat läßt dieselben Menschen aus ihren billigen Wohnungen jagen, damit sich die Versicherungen wie Krebs ausbreiten können - die Wahlversprechungen sind hier wie dort Wahlbetrug! Die Not, die Verzweiflung, die Armut wächst überall und die Wirtschaft floriert, Gott sei Dank, und sei es mit Atomkraftwerken! Dafür sorgen die in Bonn und in Köln.
★
★ **»Frieden auf Erden!**
★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★

fessor Mohnen mit betrogenen Mietern oder abgeschobenen alten Menschen vor dem Rat erschienen wäre, um deren Rechte zu vertreten?)

Entschieden wurde wieder nichts, das soll am 14. 12. im Stadtrat gemacht werden. Im Augenblick werden in den Fraktionen noch diejenigen Ratsherren zur Raison gebracht, die sich als Marionetten zu schade sind und die nicht das Alibi für diese Schmutzaffäre hergeben wollen. Doch es wird dafür gesorgt, daß am 14.12. genügend Hände hochgehen, für die GOTHAER, für Mohnen und Baumann und gegen das kleine Volk. Ein paar dürfen dagegen stimmen, der Presse wegen, die meisten aber müssen gegen ihre Überzeugung und Verpflichtung die Pfote heben, ange-wiedert oder nicht.

Doch in aller Ruhe werden sie das nicht über die Bühne bringen, dafür sorgen wir. Wir verlangen Zutritt zur Sitzung, halten eine Protest-versammlung ab und legen dort unser Beweismaterial vor, das bis jetzt noch niemand im Rathaus bestritten hat.

Wer das nicht hinnehmen will, wer nicht gottergeben diesen Frieden genießen kann, der muß was tun.

Gehen Sie in die Ratssitzung oder kommen Sie zur

**Protest
Versammlung
Dienstag, 14. Dez.
19.30 Uhr, Rathaus**

Gothaer VERSICHERUNGSBANK VVaG

Der Vorstand

An die
Fraktionen der im Rat der Stadt Köln
vertretenen Parteien
Rathaus

Köln, den 17.12.1976

5000 Köln 1

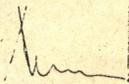
Betr.: Neubebauung Ecke Gladbacher-/Werderstraße

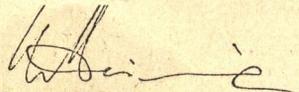
Sehr geehrte Damen und Herren!

Mit großem Bedauern haben wir der Kölner Presse entnommen, daß unser Antrag auf Abbruch entgegen der bestehenden Rechtslage vom Rat der Stadt Köln abschlägig beschieden worden ist. Eine solche Entscheidung hatten wir nicht erwartet, nachdem wir mit der Verwaltung der Stadt einen Kompromiß erarbeitet hatten, den wir mit Brief vom 3.12.76 an Herrn Oberstadtdirektor Professor Dr. Mohren als für uns verbindlich bestätigten. Abdruck dieses Briefes wurde den Herren Fraktionsvorsitzenden im Rat der Stadt Köln unter dem gleichen Datum zugesandt.

Wir bedauern es sehr, daß ausgerechnet unser Vorhaben zum Anlaß genommen wird, Kontroversen zwischen der Verwaltung und dem Rat offensichtlich unter Benachteiligung unseres Unternehmens auszufechten. Unser Kompromißvorschlag sieht eine Gestaltung des Viertels Gladbacher-/Werderstraße in einer Weise vor, die den Forderungen der politischen Vertreter durchaus gerecht wird. Ein weitgehendes Gleichgewicht zwischen Büronutzung, kleingewerblichen Läden und Wohnraum war von uns im Kompromißvorschlag zugesichert, obwohl diese Lösung unsere eigenen Belange stark negativ berührte, weil insbesondere die seit längerer Zeit unserem Betriebsrat zugesagten Sozialräume hierdurch nicht vorgesehen werden können. Die Entscheidung des Rates der Stadt Köln hat nicht nur bei uns, sondern in der gesamten gewerblichen Kölner Wirtschaft große Unsicherheit und Unbehagen hervorgerufen. Wir waren und sind der Meinung, daß eine Stadt ohne die gewerbliche Wirtschaft auf die Dauer nicht leben kann. Daher können wir es uns immer noch nicht vorstellen, daß der Rat der Stadt Köln in dieser Angelegenheit sein letztes Wort gesprochen haben soll und gehen davon aus, daß unser Kompromißvorschlag doch noch die Anerkennung aller politischen Parteien im Rat finden wird. Vorstand und Betriebsrat der Gothaer Versicherungsbank sind zu der von allen Ratsmitgliedern so häufig betonten partnerschaftlichen Zusammenarbeit uneingeschränkt bereit.

Zur Wahrung unserer Rechtslage sieht sich unser Vorstand - nicht zuletzt aus Verantwortung gegenüber unseren Aufsichtsgremien - gezwungen, noch vor Ablauf des Jahres 1976 den Klageweg zu beschreiten. Dieser Schritt fällt uns sehr schwer, denn auch die Gothaer Versicherungsbank fühlt sich als Kölner Bürger und streitet ungern mit der Stadtgemeinde, in der sie seit vielen Jahren mit ihren Mitarbeitern zu Hause ist. Wir haben die Hoffnung, daß unsere Klage nur aus Vorsichtsgründen und aus Gründen der Fristwahrung eingereicht werden muß und es vor einer gerichtlichen Entscheidung noch möglich sein wird, mit dem Rat und der Verwaltung der Stadt Köln ein gütliches Einvernehmen zu erzielen, das allen Seiten gerecht wird.


(Klein)


(Dr. Heinrichs)

Die Wende im Rat

Inzwischen stand der SSK mit seiner Wut über den geplanten Abriß längst nicht mehr alleine. Immer mehr Leute aus dem Viertel waren zu uns gekommen und hatten sich über die Allmacht und Willkür der Versicherungen bitter empört. Der ganze alte Zorn über die Erlebnis- se mit dem Gothaer Neubau in den vergangenen Jahren und die fort- schreitende Zerstörung des Viertels war ihnen allen wieder hochge- kommen. Eine neue Bürgerinitiative "Rettet das Hansaviertel" war ent- standen.

Wir hatten in kurzer Zeit aus dem schon weitgehend entvölkerten Vier- tel 1000 Unterschriften für den Erhalt der Häuser gesammelt, auch die Stadt Köln hatte in einer Umfrage in nur vier Blocks feststellen müssen, daß 80% aller Leute den Abriß mit aller Schärfe ablehnten. Die Wut der Leute über die ständige Vernichtung von billigem Wohn- raum, über die Zerstörung des Herzens von Köln war auch für die Poli- tiker unübersehbar und sogar gefährlich geworden.

Der WDR drehte bereits einen Film über die Ereignisse in der Glad- bacherstraße, er war auch bei der Ratssitzung anwesend, die Zeitun- gen standen täglich voll davon. Innerhalb der Kölner SPD kam es zu schweren Auseinandersetzungen, pro und contra Gothaer. Die einen schrieben sogar ein internes Flugblatt über den "Versicherungsfraß" in dieser Stadt, der endlich gestoppt werden müsse. Die Spitzenpoli- tiker wurden mit aller Schärfe daran erinnert, daß sie ihren Wäh- lern die Erhaltung dieser und ähnlicher Häuser fest versprochen hatten, sie mußten befürchten, daß eine Abbruchgenehmigung sie erheb- liche Stimmverluste kosten würde. Um nicht einen gewaltigen Zorn auf sich zu laden, stimmte der Rat am 14.12. gegen die Abbruchgenehmi- gung für die Gothaer. Er wollte jetzt ein Zeichen setzen für die Ban- ken und Versicherungen, daß sie nicht weiterhin ungehindert in der Stadt ihr Unwesen treiben dürften.

Jetzt mußte Mohren seinen Alleingang wagen. Jahrelang hatte die Stadtverwaltung unter seiner Leitung auf den Abriß der Gothaer-Häuser hingearbeitet, hatte alle Anträge der Gothaer unterstützt, alle Ge- setzesübertretungen abgedeckt, wenn das alles für die Katz gewesen sein sollte, hätte er wie ein dummer Junge vor der Gothaer gestanden. Und wenn die Stadträte die Schuldigen an diesem Debakel gesucht hät- ten, hätte Mohren seinen Hut nehmen müssen.

Während der Ratssitzung kündigte der Oberstadtdirektor bereits an, daß er einen Beschluß, der der Gothaer den Abriß verbiete, anfechten würde, dafür fehle der Stadt einfach die Rechtsgrundlage. Dann ließ sich Mohren von der Versicherung auf Erteilung der Abbruch- genehmigung verklagen. Im Gerichtssaal unterschlug er alle Argumente für die Stadt, die er vertreten sollte. Die Zweckentfremdungsverord- nung erwähnte er überhaupt nicht, einen Denkmal- schutz gab es nicht, jetzt stellte sich auch heraus, daß die 1973 beschlossene Verände- rungssperre eine Farce war, die die Leute beruhigen sollte. Damals hatte die Verwaltung den Politikern eine solche Sperre empfohlen, um das Wohngebiet zu sichern und zu schützen, den Bürgern wurde sie so dargestellt, als schütze sie vor Abbruch, Neubau und bürgerferner Modernisierung. Jetzt entpuppte sich alles als Betrug, die Verände- rungssperre hatte gar keine rechtliche Wirkung, wenn es darum ging, Abbrüche zu verhindern.

Noch etwas kam an's Tageslicht: Erst jetzt verpflichtete das Gericht die Stadt Köln, eine Abbruchgenehmigung zu erteilen, bis dahin hatte entgegen der Aussage des Stadtdirektor Baumann, noch keine vorgelegen.

Das Urteil erging am 8.3.77, auf der Ratssitzung am 15.3. nahm der Rat den Beschluß vom 14.12. zurück. Dennoch erteilte der Rat keine

Abrißgenehmigung, sondern verabschiedete eine Erhaltungssatzung. Danach durften in besonders vom Büroraubbau bedrohten Wohngebieten ein Jahr lang keinerlei Abbruch- oder Bauvorhaben durchgeführt werden! In der Zwischenzeit sollte endlich ein großes Konzept für die Innenstadt erstellt werden, mit dessen Hilfe in Zukunft alle Politiker entscheiden sollten, wo Wohn-, Büro-, oder Gewerberaum benötigt wird. Mit dieser Satzung wollten sie die scheinbar Vernichtung von Teilen der Stadt unmöglich machen. Die Satzung wurde als echter Fortschritt für die Stadtplanung gefeiert, die Gothaer-Häuser schienen vorerst gerettet.

Der Rechtsstaat ist ausgeschaltet

Kurz nach dem Gerichtsurteil und der Rücknahme des Ratsbeschlusses bekamen wir einen Brief vom Wohnungsamt, in dem Keßler endlich zugab, daß Herr Siegel und die Wohngemeinschaft des Herrn Kievernagel tatsächlich nach März 72 noch in der Gladbacherstr. 5 und 7 gewohnt hatten. Er erklärte aber frech, diese Personen hätten keine Wohnungsmietverträge gehabt, folglich könne man wegen ihnen die Zweckentfremdungsverordnung nicht anwenden. Diese Rechtsauslegung war geradezu abenteuerlich. In der Zweckentfremdungsverordnung steht kein Wort über die Art der Verträge, die die Mieter haben müssen, sie schreibt lediglich die Art der Nutzung der Wohnung vor. Für alle dürfte festgestanden haben, daß weder Siegel noch Kievernagel ihr Schlafzimmer gewerblich genutzt haben! Und wieder hatte Keßler sich nicht die Mühe gemacht, zu prüfen, ob noch noch mehr Leute dort gewohnt hatten, sie überprüften lediglich die Personen, die wir ihnen angegeben hatten. Jetzt mußten wir erst recht davon ausgehen, daß die Verwaltung alle Gesetzesbrüche der Gothaer decken wollte, um ihr den Abriß zu ermöglichen.

Mit diesem Brief gingen wir zum Verwaltungsgericht. Der Präsident konnte aber nur bedauernd mit den Achseln zucken und erklären: Es könnte ja sein, daß wir recht haben, aber wir seien nun mal leider nicht antragsberechtigt in der Sache, das seien nur die Gothaer und die Stadt Köln. Mohnen also, der dann in einem neuen Verfahren hätte zugeben müssen, daß er gelogen und zumindest einiges verschwiegen hat!

Wir gingen zum Justizminister und baten ihn der Sache nachzugehen. Der konnte nur antworten, die Richter seien unabhängig und da könnte er von sich aus gar nichts unternehmen. Selbst wenn ein Urteil unter falschen Voraussetzungen zustande gekommen sei, könnten nur die beteiligten Parteien dagegen klagen.

Wir gingen wieder zum Innenminister und verlangten die Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen Mohnen, zumindest eine Überprüfung des Sachverhalts von seiner Seite. Er erklärte sich zuerst bereit, dann reichte er die Forderung doch an den Regierungspräsidenten weiter, der erbat die Stellungnahme des Oberstadtdirektors, alles wie gehabt. Diesmal bekamen wir zum erstenmal zu Gesicht, wie die Stellungnahme des Mohnen vermutlich ausgesehen hat. Er selbst hatte nie auf unsere unzähligen Schreiben geantwortet. Der Regierungspräsident erklärte ebenfalls, die von uns genannten Personen hätten keine Wohnungsmietverträge gehabt, und zwei Personen seien zuwenig, um der Gothaer den Abriß von 6 Häusern zu verweigern. Natürlich übersah auch er geflissentlich, daß das Wohnungsamt nicht ermittelt hatte, ob nicht doch noch mehr Menschen zur fraglichen Zeit in den Häusern gewohnt hatten.

S T A D T K Ö L N
DER OBERSTADTDIREKTOR



Postanschrift: Stadt Köln · 5 Köln 1 · Postfach

SSK e.V.
Salierring 41

5000 Köln 1

Dienststelle
Amt für Wohnungswesen
Wohnungspflege / Wohngeld

Lindenstr. 14
5000 Köln 1

Sachbearbeiter
Koscicki

Zimmer
15

Fernsprecher
233382/15

Datum und Zeichen Ihres Schreibens

Mein Zeichen
563/ZE M/Ka

(Bei Antwort bitte angehen)

Datum

15. 3. 77

Betrifft:

Gladbacher Str. 3 - 7, Werder Str. 62, 64

Sehr geehrte Damen und Herren!

Auf Grund Ihres Schreibens vom 27. 12. 1976 habe ich die darin angegebenen Personen zum Teil persönlich über ihr angebliches Mietverhältnis in der Gladbacher Straße befragt. Sowohl Herr Sündelbach wie auch Herr Heinen gaben an, lediglich bis 1971 dort gewohnt zu haben. Herr Kievernagel gehörte zu einer studentischen Gemeinschaft, der von der Gothaer bis zum Abbruch der Häuser ein Nutzungsrecht eingeräumt war. Bei Herrn Siegel handelt es sich um den Pächter der im Haus befindlichen Gaststätte, zu welcher auch seine Wohnung gehörte. Er gab an, jahrelang der einzige Hausbewohner gewesen zu sein.
Die auf Grund Ihres Schreibens angestellten Ermittlungen haben keine Veränderungen der Sachlage ergeben.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Konten der Stadtkasse: Stadtparkasse Köln Nr. 9302951 (BLZ 370 501 98) Landeszentralbank Köln Nr. 870 017 00 (BLZ 370 000 00)
Postcheckamt Köln Nr. 3516-500 (BLZ 370 100 50) Telex: 81622988

MACHTWECHSEL IM RATHAUS: **STÄDTISCHER BEAMTER**



Der ganze Stadtrat tanzt
nach seiner Pfeife:
Heinz Mohnen, Professor, Dr. jur.
Oberstadtdirektor, SFD

Am 14. Dezember 1976 hat der Rat der Stadt Köln der "GOTHAER" Versicherung den Abbruch der guterhaltenen Mietshäuser in der Gladbacher Straße verboten, an deren Stelle die "GOTHAER" einen Büropalast errichten will.

Zum ersten Mal in der Kölner Geschichte wurde ein schwerreicher Versicherungskonzern in die Schranken verwiesen, und die armen Leute bekamen ihr Recht. Endlich einmal wurden allgemein gültige Gesetze nicht nur gegen die Kleinen angewendet, sondern auch gegen die Großen. Endlich einmal haben sich die Volksvertreter dazu aufgerafft, den Willen des Volkes zu vertreten. Endlich hat sich einmal gezeigt, daß es im Rat der Stadt Köln eine Mehrheit gibt, die unbestechlich und unbestochen entscheidet.

Viele, besonders arme und kleine Leute, haben aufgeatmet und Hoffnung geschöpft, daß es doch einmal besser werden kann und gerechter. Viele, vor allem Alte Kölner, die sich schon damit abgefunden hatten, ihr Leben in Chorweiler zu beenden, haben wieder Mut gefunden, sich zu wehren, und um ihre Wohnungen in der Innenstadt zu kämpfen.

ALLES VERGEBENS!

ENTMACHTET STADTRAT

In der Ratssitzung meldete sich der ranghöchste Kölner Beamte, und damit höchste Angestellte der Stadt Köln, Oberstadtdirektor Mohnen zu Wort. Er kündigte an, daß er jeden Beschluß des Rates für ungültig erklären und damit aufheben wird, der der "GOTHAER" verbietet, die Häuser abzubauen. Somit kündigte er dem Rat den Gehorsam auf und stellte sich über das vom Volk gewählte Parlament.

Als Grund gab er an, der Ratsbeschluß sei rechtswidrig. Das behauptete er dreist, obwohl es ein Gesetz gegen die Zweckentfremdung von Wohnraum gibt, das verbietet, Wohnraum abzubauen und an seiner Stelle Büros zu errichten. Mohnen erklärte einfach, als dieses Gesetz 1972 in Kraft trat, seien die Häuser schon geräumt gewesen. In Wahrheit haben in den Häusern bis 1974 Mieter gewohnt. Obwohl Mohnen das weiß, belog er frech den Stadtrat. Er trat im Stadtrat auf, wie der Direktor einer Oberschule im Schülerparlament.

Mohnen hat den Ratsbeschluß aufgehoben, weil er angeblich gegen geltendes Recht verstößt. Aber was Mohnen unter Recht versteht, ist längst stadtbekannt.

Ein wertvolles Hofgut der Stadt Köln in Junkersdorf ließ Mohnen für ca. 150.000 Mark an eine Reitstallbesitzerin verkaufen. Auflage der Stadt: das Gelände muß zur Pferdezucht genutzt werden und darf nicht bebaut werden. Einige Jahre später verkaufte die Dame das Gut für mehrere Millionen und verschwand mit Geld und Pferden nach Kanada. Mohnen wollte die Angelegenheit still begraben wissen. Als ein kleiner Beamter die Sache dennoch ans Licht der Öffentlichkeit brachte, mußte die Dame wenigstens einen Teil des Geldes zurückzahlen. Auf einen Prozeß und auf die restlichen Millionen verzichtete Mohnen großzügig.

An einen Kölner Millionärsclub verpachtete er einen Teil der Kölner Parkanlagen am Militärring als Golfgelände. Pachtpreis: 6.000 Mark im Jahr. Tatsächlicher Pachtwert laut Gesetz: 200.000 DM im Jahr.

In Ostheim läßt Mohnen Kölner Rentnern ihre Siedlungshäuschen abbrennen, um das Gelände an die Industrie zu verschauern.

Für das Haus Gladbacher Str. I bekam die "GOTHAER" bereits eine Abbruchgenehmigung, weil Mohnens Stellvertreter einen Widerspruch einzulegen "vergaß". Mohnen hat den Vorgang gebilligt.

Mohnen behauptet, der Ratsbeschluß gegen die "GOTHAER" sei rechtswidrig. Aber Recht ist für Mohnen das, was seinen reichen Freunden nützt. Viele im Rat denken genauso wie Mohnen. Einige denken anders. Aber allen ist allmählich klar, daß die Kölner sich einen Oberstadtdirektor von Gottes Gnaden nicht länger werden bieten lassen, auch dann nicht, wenn er Heinz Mohnen heißt.

Ein Zusammenspiel von Behörden, Stadtdirektor und der reichen Versicherung war an's Tageslicht gekommen, das uns keine Möglichkeit mehr ließ, dem Recht auf übliche Art und Weise mit Bitten und Beschwerden zum Sieg zu verhelfen. Wir mußten davon ausgehen, daß die Verwaltung alles tun würde, um der Gothaer den ungesetzlichen Abriß zu ermöglichen, daß auch der Rat bei allem guten Willen nicht das Rückgrat haben würde, um diesem Betrug ein Ende zu machen. Keine Umfrage, keine Unterschriftensammlung, keine Aufsichtsbehörde, keine Veränderungssperre, keine Erhaltungssatzung, keine Gesetze zum Schutz von Wohnraum würden das verhindern können.

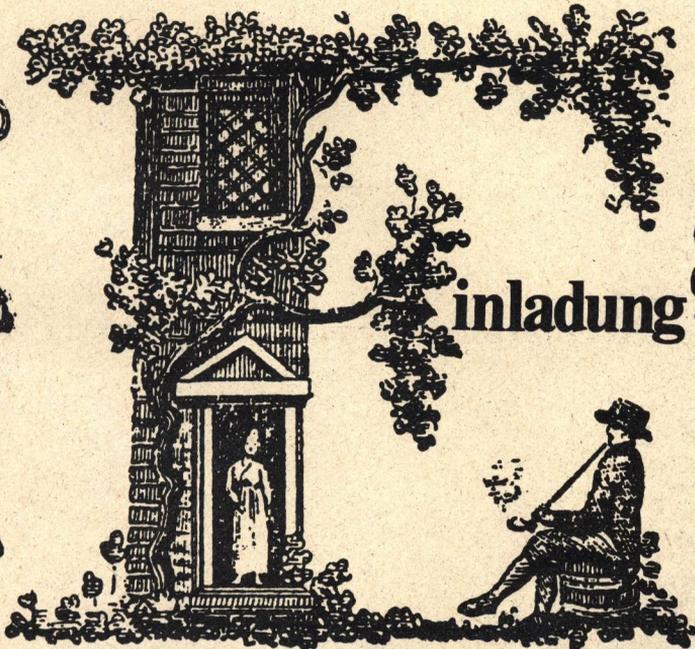
Auf einer Bürgerversammlung im Hansaviertel am 6.4.77 haben wir deshalb beschlossen, die Häuser zu bewachen, die zugemauerten Türen wieder aufzubrechen, damit sie nicht klammheimlich von innen total zerstört werden konnten, selber aufzuräumen, soweit wie möglich instandzusetzen und bewohnbar zu halten. Im April haben wir dann mit der Renovierung der Häuser begonnen.

Sie brechen ab

Am 21.4.77 legte die Verwaltung dem Stadtentwicklungsausschuß einen Bebauungsplan für den Häuserblock an der Gladbacherstr./Werderstr. vor, wie sie ihn schon am 6.12.76 beschrieben hatte. Sie schlug den Ratsherren vor, auf eine Bürgerbeteiligung zu verzichten, da bereits eine Umfrage stattgefunden habe. Das Ergebnis dieser Umfrage wurde allerdings nicht berücksichtigt. Ebenso schlug sie vor, auf die Anwendung der Erhaltungssatzung zu verzichten, da die Gothaer sonst möglicherweise Regreßansprüche an die Stadt stellen würde. Wir hofften zumindest an dieser Stelle auf einen Sturm der Empörung, aber niemand rührte sich. Es war peinlich zu sehen, wie sich die SPD/FDP-Ratsmitglieder verhielten. Die Sache war ihnen sichtlich unangenehm, das Ganze war anrücklich, mit erheblichen Protesten aus der Öffentlichkeit mußte gerechnet werden. Als Siefen noch halbherzige Einwände brachte, wieso man denn auf die Anwendung der Erhaltungssatzung verzichten sollte, das mit den Schadensersatzansprüchen stünde doch noch gar nicht fest, wurde ihm von CDU-Blens beinahe Verfassungsuntreue unterstellt: So! Sie wollen sich also nicht an Urteile halten!! Von jetzt ab hielt er seinen Mund. Als es zur Abstimmung ging, beteiligten sich drei SPDler gar nicht, die Abstimmung mußte wiederholt werden. Jetzt hob Siefen doch noch die Hand beim Nein zur Abrißgenehmigung, fast zu spät und mit einem vorsichtigen Blick auf die Zuschauer. Als dann feststand, daß die Gothaer ihre Abrißgenehmigung erhalten hatte, saßen einige wie begossene Pudel am Tisch, ihnen war gar nicht wohl in ihrer bürgernahen Haut, aber keiner hatte den Mut gehabt, die Interessen der Bürger gegen die Interessen der Gothaer Versicherungsbank durchzufechten.

Am 16.5.77 begann der Abbruch der Häuser Gladbacherstr.und Werderstr.

Wir glauben inzwischen fest daran, daß es keine Partei gibt, die im Interesse der kleinen Leute handelt. Wir haben erfahren, daß wir nur selber versuchen können, zu unserem Recht zu kommen, deshalb haben wir vom SSK angefangen, gegen die Zerstörung von billigem Wohnraum in der Innenstadt zu protestieren und viele Leute haben sich uns angeschlossen. Die Bürger im Hansaviertel haben dafür gekämpft, daß sie selbst bestimmen dürfen, was mit ihrem Viertel passiert, sie sind von den höchsten Beamten und Politikern dieser Stadt betrogen und hinter's Licht geführt worden, aber sie haben erreicht, daß die hohen Herren vorsichtiger werden mußten. In Zukunft wird es ihnen immer schwerer fallen, Haus um Haus, Viertel um Viertel wegzubaggern.



inladung

Am Samstag, den 16.4. haben Bürger aus dem Hansaviertel und der SSK wieder begonnen, die leerstehenden Häuser zu renovieren. Der SSK hatte vorner schon mehrmals versucht, mit der Renovierung anzufangen, aber jedesmal war die Polizei sehr schnell zur Stelle und räumte ihn wieder weg.

Diesmal verlief es anders: Die Polizei hinderte uns nicht mehr an Arbeiten, ließ uns entrümpeln, zeigte teilweise sogar Verständnis. Allerdings hatte die GOTHAER von ihr verlangt, sie solle verhindern, daß der Schutt aus den Häusern abtransportiert wird; es handelte sich dabei um Diebesgut! Deshalb liegt der Müll noch vor der Tür!

Heute haben wir erfahren, warum wir jedesmal mit aller Macht daran gehindert worden sind, in die Häuser reinzugehen. Dann wäre öffentlich geworden in welchem Zustand sich die Häuser befinden.

- Werderstr. 62 und 64 sind sofort beziehbar. Alle Wohnungen haben Zentralheizung, Kachelbäder, Aufzug, alle Wasser- und Elektroinstallationen sind in Ordnung, nur die Toilettenbecken hat die GOTHAER zerschlagen.
- Gladbacherstr. 3 ist auch noch in gutem Zustand, hier sind nachträglich Badezimmer eingebaut worden.
- Gladbacherstr. 1, 5 und 7 sind alte Häuser, baulich wertvoll und stabil, in denen aber mehr Schönheitsreparaturen erforderlich sind.
- In zwei Häusern hat die Gothaer allerdings zugeschlagen: Sie hat die Treppenhäuser in Nr. 7 ganz und in Nr. 5 teilweise zerstört, alle Toiletten- und Waschbecken zertrümmert.

ALLE notwendigen größeren Reparaturen hat die GOTHAER verursacht, die Stadt AG in hat ihr dabei zugesehen; beide Seiten haben gleichermaßen den Abriss heimlich vorbereitet. Diese Tatsachen sollten nicht an die Öffentlichkeit kommen.

BESICHTIGUNG HEUTE ab 15 UHR

Deshalb laden wir alle Bürger des Hansaviertels zu einer Besichtigung der Häuser ein, damit Sie sich selbst vom Zustand der Häuser überzeugen können.

Wir meinen, wenn so guterhaltene Wohnhäuser abgerissen werden, dann ist es nur eine Frage der Zeit, wann Ihre Wohnungen den Versicherungspalästen Sie von Ihren gewählten politischen Vertretern, daß sie die GOTHAER zu einer Wiedergutmachung der von ihnen verursachten Schäden und zu einer Instandsetzung der Häuser zu zwingen.

visdp.: SSK, T.Theisen, Salierring 41

Die Wut über die Zerstörung der Stadt hat viele Bürgerinitiativen enger aneinandergerückt. am 23. Mai 1977 riefen alle zu einem gemeinsamen Protestmarsch durch Köln auf.



Gegenüber den Häusern, die abgerissen wurden, entstand eine ständige Protestveranstaltung. Hier erhielten die Passanten Informationen über die wahren Hintergründe des Abrisses. Der SSK errichtete ein Zelt, um jederzeit am Ort des Geschehens zu sein.

Wer zerstört Köln ?

In einer Ratssitzung am 14. Dezember 1976 geschah in Köln etwas ungeheuerliches: als es um den Abbruch von 6 Häusern für einen Büroneubau ging, standen Vertreter aller Parteien auf und teilten der erstaunten Öffentlichkeit mit, daß die Stadt Köln kurz vor ihrem Untergang stehe. Die Innenstadt drohe, sich in ein einziges Elendsviertel zu verwandeln, sie drohe zu "verslumen".

Ein Vertreter der FDP, ein Herr Winkler, drückte es unmißverständlich aus:

"Hier geht es nicht um die Häuser der Gothaer Versicherung, hier geht es um das Schicksal der Städte, insbesondere der großen. Es hat sich herumgesprochen, daß die Tertiärisierung der Stadtkerne (Bürobau) zur Verslumuug führt. Nicht zuletzt deswegen hat eine Delegation von Rat und Verwaltung eine Weltreise gemacht und dabei sehen können, daß wir nur ein paar Jahre hinter den Entwicklungen in den USA herhinken."

Was in den USA geschieht ist allgemein bekannt:

Hinter den Wolkenkratzern riesiger Bürostädte versinken die alten Wohnstädte in Schmutz, Elend und Kriminalität. Manche Stadtviertel sind inzwischen von der Bevölkerung geräumt, Raub und Mord sind an der Tagesordnung, die meisten sind arbeitslos, viele drogensüchtig.

Nach dieser Feststellung hätte man nun erwarten dürfen, daß die Ratsherren scharf mit den Zerstörern unserer Stadt ins Gericht gehen würden und sofort einen Plan aufstellen, wie die weitere Ausbreitung von Büroriesen in der Innenstadt verhindert wird.

Aber das geschah nicht. Vielmehr stand ein Vertreter der Partei auf, die vorgibt, für die armen Leute einzutreten, der Sozialdemokratischen Partei. Es war ein Mann, der selber in dem Viertel wohnt, das abgebrochen werden soll, und der deswegen von den Leuten in diesem Viertel, seinen Wählern, den Auftrag hatte, den Abbruch der Häuser zu verhindern. Dieser Mann gilt bei den anderen Parteien als besonders scharfer Gegner der Bürobauteu. Er griff aber nicht die Versicherungskonzerne an, die die Wohnviertel abreißen, oder die Stadtverwalter, die ihnen dabei helfen. Er sagte vielmehr:

"In die inneren Stadtteile ziehen mehr und mehr sozial schwächere Bevölkerungsschichten. Als weitere Folge nimmt die Bereitschaft ab, sich um den Zustand dieser Stadtteile und der dort befindlichen Häuser zu kümmern. Die Konsequenzen solcher Umschichtungen sind für den Kommunalpolitiker schon heute absehbar. Der städtebauliche Zustand verschlechtert sich zunehmend, mit der Gefahr, daß diese Stadtteile irgendwann ganz zerfallen und umgewidmet werden zu Bürostädten. Teile bleiben sogar ungenutzt, wie wir es heute schon in einigen Städten der Vereinigten Staaten beobachten können."

Mit anderen Worten, die armen Leute haben die Stadt so heruntergebracht, daß jetzt dort nur noch Büros gebaut werden können. Wenn man die Sache so betrachtet, dann ist es auch verständlich, daß ein hoher Vertreter dieser Partei, Herr Herterich, nach der Sitzung öffentlich forderte, daß die Armen verschwinden müssen, wenn die Stadt gerettet werden soll. Er sagte das so:

"Sie haben völlig Recht, daß die Erhaltung von Wohnfunktionen in der Innenstadt teilweise mit einem qualitativen Austausch der Bevölkerung verbunden sein wird. Ich halte dies für ein schwieriges Problem, was aber letzten Endes lösbar ist, oder für eine Sache, die wünschenswert ist. Wir stehen hier vor der Tatsache, daß wir vor allem im City-Kern oder in city-nahen Wohngebieten seit 10 bis 15 Jahren eine zunehmende Verschlechterung der sozialen Zusammensetzung der Bevölkerung haben, und wenn es gelingt, dies zu stoppen oder rückgängig zu machen, dann sollte man die Chance dazu ergreifen."

Unruhe hatte sich im Viertel breit gemacht. Überall war das Vor-rücken der Versicherungen zu sehen. Häuser wechselten ihre Besitzer, die Mieter wußten nicht mehr, wer eigentlich Hauseigentümer war. Wohnungen wurden gekündigt und nicht wieder vermietet. Dringend er-forderliche Renovierungsarbeiten von Jahr zu Jahr hinausgezögert, in leeren Wohnungen bleiben die Gardinen hängen und wie von Geister-hand erleuchten sich jeden Abend die Fenster, Hauseigentümer erhalten für ihre Altbauten plötzlich Phantasiapreise geboten. Bei denen, die nicht verkaufen wollen, sprechen Beamte der Stadt vor und reden zu-erst von öffentlichem Interesse, wenn sie weiterhin auf taube Ohren stoßen, sprechen sie auf einmal von Enteignung. Anfragen und Be-schwerden einzelner Mieter bei der Stadtverwaltung bleiben ohne Ant-wort. Sogar die Stadtverordneten stoßen auf eine Mauer des Schweigens. Keiner weiß was, niemand ist zuständig, keiner ist berechtigt, Aus-künfte zu geben.

Im Stadtplanungsausschuß mußte deshalb mit Widerstand gerechnet werden. Um die Stadträte einzuwickeln, hatte sich die Gothaer eine kleine Geste einfallen lassen: sie ließ von einem modernen Künstler vor ihrem Hauptgebäude mitten auf dem Kaiser-Wilhelm-Ring eine mo-derne Brunnenplastik errichten. Sie streute das Gerücht aus, das Blechgerippe habe 450.000,- DM gekostet und schenkte es am 4.10.71 der Stadt. Eine Woche später reichte sie ihren Bauantrag ein.

In der Sitzung des Stadtplanungsausschusses am 13.12.71 wurde der Plan der Verwaltung vorgetragen. Als er auf Widerspruch stieß, war die Verwaltung zu einem Kompromiß bereit und bot die Reduzierung des Bauantrages auf 6 Geschosse an. Stadträte, die trotzdem nicht zu-stimmen wollten, wurden vom Oberstadtdirektor mit Drohungen weich gemacht:

"Wenn das Bauvorhaben von der Stadt nicht bewilligt würde, würde die Gothaer die Stadt für die Erschließung regreßpflichtig machen. Die Stadt aber hätte kein Geld und könne sich das nicht erlauben. Deshalb bliebe der Stadt gar nichts anderes übrig, als dem Bauvorhaben zu-zustimmen.

Ein Stadtrat, der auf diese Weise zur Stimmabgabe erpreßt worden war, war der Stadtrat Bamberger. Er war ein alter Hase, seit vielen Jah-ren im Stadtrat, politisch im linken Flügel der SPD angesiedelt, ein Mann mit Erfahrung und taktischem Geschick.

Hier ließ er sich wie ein Schuljunge einschüchtern. War die recht-liche Lage nicht ganz klar? Hatte die Gothaer nicht 1961 sich selbst auf drei Geschosse in der Werderstraße beschränkt, und hatte nicht der Bebauungsplan seit eh und je 4 Geschosse vorgeschrieben?

Wer so denkt, vergißt, welche Wirkung im Rat entsteht, wenn die Rechts-professoren aus der Stadtverwaltung, unterstützt von den Rechtsan-wälten aller Fraktionen, Rechtsgutachten abgeben, die Paragraphen herunterschleudern und die jeweils "eindeutige Rechtslage" darstellen. Dabei vergessen sie auch nie, auf Schadensersatzforderungen aufmerk-sam zu machen und auf Starfvorschriften, die jedem drohen, der sich ihrer "eindeutigen Rechtsmeinung" nicht anschließt. Keiner wagt dann noch, den Mund zu öffnen. Nirgendwo, auch nicht auf der kritischsten und oppositionellsten Bank, regt sich dann noch Widerspruch. Ihre Rechtskenntnis wird nie bezweifelt. Und sie sind sich alle immer einig.

Natürlich ist das meiste davon Bluff. Denn es gibt überhaupt keine politische Ansicht, die sich nicht auch juristisch begründen ließe. Bluff und Einschüchterung des Gegners gehören zum Handwerkzeug jedes Advokaten. Aber auch das würde nicht genügen, den alten Hasen Bam-berger einzuschüchtern. Aber da ist dann noch das unbestimmte Gefühl: selbst wenn die Unrecht haben und lügen wie gedruckt, so muß man

Nach der Meinung der Polizei sollte man es zumauern, weil die öffentliche Sicherheit und Ordnung darin nicht zu gewährleisten ist. Man verweist darauf, daß in den USA ähnliche Gebäude nur noch mit riesigen Bewachungsmannschaften aufrechterhalten werden können. Es gibt aber auch vergleichbare Objekte, die in den USA bereits von ihren Eigentümern aufgegeben und gesprengt wurden.

Es können also durchaus nur arme Leute in einem Viertel wohnen, ohne daß die Häuser verfallen müssen, die Kriminalität in den Himmel wächst oder die soziale Struktur zusammenbricht. Es können nur "Besser Verdienende" in einem Viertel wohnen, und das Viertel kippt trotzdem um und verslumpt.

Was meinen die Stadträte also mit Verslumpen ?

Hören wir Herrn Herterich in der Ratssitzung nochmal genau zu:

"Die Problematik ist, daß wir einen qualitativen Austausch der Bevölkerung zwischen Ballungskern und Ballungsrandzone erleben, der dazu führt, daß überdurchschnittlich Verdienende aus dem Ballungskern rausziehen, die Minderverdienenden, also die Randgruppen, zurücklassen, sodaß diese relativ zur Gesamtbevölkerung ansteigen, daß die Wegwandernden außerhalb des Ballungskerns weniger Steuern bezahlen, gleichwohl aber die oberzentralen Einrichtungen des Ballungskerns weiter benutzen."

Wenn der Stadtrat von "verslumpen" spricht, dann meint er das Severinsviertel oder das Werderstraßenviertel, aber nie das Uni-Center. Wenn der Stadtrat von "Slum" spricht, dann meint er nicht den Zustand des Zusammenlebens der Menschen in einem Viertel, dann meint er den Zustand der Brieftaschen der Menschen in einem Viertel. Wenn Herterich davon redet, daß die besser verdienenden Bürger das Umland zersiedeln und Erholungsräume durch den Bau von Eigenheimen zerstören, dann bedauert er in Wahrheit nicht die Zerstörungen, die die Eigenheime anrichten, sondern er bedauert, daß sie es nicht in Köln tun, und er dadurch so viele Steuereinnahmen verliert.

"Minderverdienende, also Randgruppen" sagt Herterich. Was ist das für eine Gesellschaft, die der Sozialdemokrat Herterich im Auge hat, bei der alle Minderverdienenden am Rande leben müssen, wo minderverdienend gleichbedeutend wird mit minderwertig oder asozial ?

Im Severinsviertel, wo jetzt saniert werden soll, hat man diese "Problemgruppen" versucht zu benennen, die angeblich für den Verfall des Viertels verantwortlich sind, weil ihre Kaufkraft zu gering ist: überdurchschnittlich viele alte Menschen sind dort zu finden und überdurchschnittlich viele Ausländer.

Das Werderstraßenviertel, von dem in diesem Heft die Rede sein wird, ist gar kein Armeuteilviertel. Es ist, wie man sagt, ein gutbürgerliches Viertel. Es leben auch nicht übermäßig viele Ausländer dort, sicher weniger als 20 %, so viele leben in Chorweiler, und das ist ja, amtlich festgestellt, kein Slum. Es leben sicher überdurchschnittlich viele alte Menschen dort. Geht das Werderstraßenviertel kaputt, weil seine Bewohner zu alt sind ?

Die Bürgerinitiative Werderstraße hat in jahrelanger Kleinarbeit die Zerstörung ihres Viertels festgehalten, und sie hat dargelegt, warum das Viertel allmählich nicht mehr lebensfähig ist.

Die Gründe, die sie nennt, sind:

"Wir können nicht anders als größer werden."

(Karl-Otto Maercks, Gothaer Versicherung)

Die GOTHÄER und das Recht

Am Anfang stand der Plan, in Köln eine moderne "City" zu schaffen, frei von aller Enge und Verkehrsbehinderung der alten Stadt. Die Kriegszerstörungen boten genügend Gelegenheit dazu, und so durfte sich jeder in der Stadt ansiedeln, der Geschäfte und damit Steuern versprach, oder auch nur Ansehen. Der WDR, die Allianz, Gerling, jeder bekam großzügig Grundstücke verkauft, gleichgültig ob es sich dabei um ehemalige Wohnhäuser handelte oder nicht. Baugenehmigungen gingen im Schnellverfahren über die Bühne, Die Stadt war froh, daß sich etwas tat.

Die Gothaer Versicherung bekam, gleich neben der Allianz und in Nachbarschaft mit Gerling und vielen anderen namhaften Versicherungen, ein besonders schönes Grundstück. Es war ein kleiner Park mit altem Baumbestand, in Kölns ehemaliger Nobel-Lage, am Kaiser-Wilhelm-Ring, am Rande eines feinen bürgerlichen Wohnviertels, das vom Krieg weitgehend verschont geblieben war. Schließlich wollte die Gothaer auch bauen. Damit hatte die Stadt auch gerechnet, und man versuchte, der großen Firma behilflich zu sein, die wiederum der Stadt Köln beim Aufstieg zur Versicherungshauptstadt behilflich zu sein versprach. Das Bauamt wollte alte und neue Architektur verbinden, wollte das alte Stadtbild schonen und der Versicherung trotzdem zu einem großen und damit preisgünstigen Bau verhelfen. Man schrieb am 15.12.1959:

"Der Kaiser-Wilhelm-Ring als eine der bedeutendsten Ausweitungen der Kölner Ringe, muß auch in seiner Randbebauung dominierend bleiben. Der im Vorschlag der Stadt vom März '59 enthaltene 9-geschossige Baukörper ist soweit vom Kaiser-Wilhelm-Ring abgesetzt und so locker in das Hintergelände hineingestellt, daß er der Randbebauung des Kaiser-Wilhelm-Ringes maßstäblich nicht gefährlich werden kann."

Die Versicherung wollte aber nicht "locker ins Hintergelände" bauen, sie wollte ihren Park vollständig bebauen, rundherum, mit Innenhof, und sie wollte in der ruhigen Goebenstraße 7-geschossig damit anfangen. Sieben Geschosse waren für das Viertel ungeheuerlich, dort hatten die Häuser bisher höchstens vier Geschosse. Aber der "Randbebauung am Kaiserwilhelming" konnten die sieben Geschosse maßstäblich trotzdem nicht gefährlich werden, wie der Beamte vom Bauamt meinte, zumindest nicht in der Zukunft, denn vorn am Ring plante die Gothaer bereits neugeschossig. Aber davon wußte der gute Mann noch nichts, denn die Planungen bei der Gothaer liefen damals schon streng geheim. Er glaubte noch, die Gothaer Versicherung hätte der schönen alten Baumbestand gereizt, als sie das Grundstück erworben hatte. Deshalb hatte er einige Monate zuvor noch an die Versicherungsmanager geschrieben: "Ihr Grundstück zeichnet sich heute aus durch einen sehr schönen Baumbestand. Man sollte versuchen, davon so viel wie möglich zu retten."

Und als die Gothaer Versicherung gar nicht mehr bereit war, sich mit ihrer Hauptverwaltung "locker ins Hintergelände" zurückzuziehen, da wurde der Herr vom Bauaufsichtsamt förmlich, klar und deutlich kündigte er seinem vorgesetzten Beigeordneten, einem Herrn Kleppe an:

Lüge solange zu verbreiten, bis das letzte heile Wohnviertel zerstört und durch Hochhäuser ersetzt ist.

Gegen Ende der Ratssitzung über den Abbruch der Häuser in der Gladbacher Str. hat sich der Oberstadtdirektor Mohren noch einmal zu Wort gemeldet und gesagt:

"Unsere Väter haben nach dem Krieg zugelassen, daß die Westseite des Rings, die vorher Wohngebiet war, mit Verwaltungsgebäuden bestückt wurde. Das war der erste Schritt; dabei ist der zweite eigentlich zwangsläufig."

Der zweite Schritt, damit meinte Mohren die hinter der Westseite des Rings liegenden Wohnviertel. Ihre Zerstörung und Ersetzung durch Bürobauten ist zwangsläufig.

Was Mohren sagt, ist die Wahrheit, was die Sozialdemokraten Siefen und Herterich dazu sagen, ist die Lügenpropaganda, die uns vergessen lassen soll, daß die Sozialdemokraten den "ersten Schritt", wie Mohren es nennt, die Zerstörung erster Wohngebiete nach dem Krieg, geduldet haben, und daß ihre Partei für den zweiten Schritt, die Zerstörung aller übrigen Wohnviertel, schon seit einigen Jahren die Verantwortung trägt: in der Ratsmehrheit, im Amt des oberstadtdirektors, im Amt des Regierungspräsidenten.

Wenn man Mohren folgt, dann sind die verbleibenden Viertel, die langsam herunterkommen und verslumen, in Wirklichkeit nichts anderes als die Planungsreserve für die Großkonzerne. Das Friesenviertel für Gerling, das Hansa-Viertel für die Allianz, das Werderstraßenviertel für die Gothaer, und so weiter. Menschen leben dort solange, wie die Versicherungskonzerne sie dulden. Wenn die Konzerne Platz brauchen, dann werden ihre Wohnungen abgerissen.

Noch nicht einmal ein Jahr nach den radikalen Reden gegen die Stadtzerstörung im Rat, hat der Stadtrat mit den Stimmen von SPD und FDP zum ersten Mal offiziell ein ganzes Stadtviertel einem Versicherungskonzern zur "Sanierung" übergeben. Gerling darf nach diesem Ratsbeschluß vom November 77 im Friesenviertel weiter bauen, wenn er zum Ausgleich dafür seinen Althausbesitz im Viertel renoviert. Mit den Neubauten darf er aber auch dann beginnen, wenn er an den Altbauten gar nichts renoviert, denn renoviert wird nur "sofern es im Rahmen unserer Anlage-Vorschriften und Grundsätze wirtschaftlich ist."

Damit hat der Gerling-Konzern die Veränderungssperre und die Erhaltungssatzung unterlaufen. Die Stadtzerstörer sind offiziell zu Stadt-erneuerern ernannt. Was erneuert wird, bestimmen sie, was sie verfallen lassen, wird im Zuge der Neubauplanung frei für Büroneubauten. Wenn sie viel Büroraum brauchen, lassen sie viele alte Häuser verrotten, wenn sie wenig Büroraum brauchen, renovieren sie ein paar Altbauten und vermieten die Wohnungen.

Weil SPD und FDP mit Gerling gemeinsame Sache machen, kann es sich sogar die CDU leisten, gegen diesen Plan zu sein. Damit will sie offensichtlich ihr Image etwas aufbessern, denn seit den Abbrüchen in der Gladbacher Str. gilt sie als "Versicherungspartei".

Ihr Blatt, Die Rundschau, schreibt dazu:

"Wiederaufstieg oder völliger Untergang des Friesenviertels im Bereich zwischen Magnusstr., Hohenzollernring, Im Klapperhof, Spießergasse und Friesenstr. sind jetzt von der SPD/FDP Ratsmehrheit in die Hände des Gerling-Konzerns gelegt worden."

Jedem Konzern sein Stadtviertel, und die SPD hat es übernommen, die Schuld für den Slum, den sie dort schaffen, den Opfern der Konzerne anzulasten, den Armen, Alten und Kinderreichen.

Das Friesenviertel

Als der Krieg zu Ende war, lag die Kölner Innenstadt völlig zerstört da. In den Stadtviertel außerhalb der Innenstadt und der Neustadt zwischen den Ringen und der jetzigen Inneren Kanalstraße wurden viele Häuser wieder aufgebaut und renoviert, so daß die Menschen wieder in ihre Häuser zurückziehen konnten.

Die Innenstadt wurde gleich geopfert: Wo seit Jahrhunderten die Ärmsten der Armen wohnten - um die Klöster und Kirchen - machten sich jetzt die Mächtigsten breit. Das Polizeipräsidium kam an St. Georg, Hertie an St. Aposteln, der WDR ans Margaretenkloster, das Finanzamt an St. Pantaleon, die Banken an den Dom und GERLING an St. Gereon.- Die meisten dieser Nachkriegsbetonburgen wurden schon in tote Viertel hineingeboren, denn niemand kann sich heute mehr vorstellen, daß da, wo heute der WDR, die Rundschau und die Nord - Süd - Fahrt stehen, mal Menschen gelebt haben, wie heute noch im Severinsviertel oder in Ehrenfeld.

Manche Viertel, wie das Severinsviertel blieben zunächst verschont, aber bei dem Rest wuchsen sich die Betonriesen am Rande des Viertels sehr schnell zu einer Bedrohung für die Bevölkerung aus. Das Friesenviertel war eines davon. Auch dort lebten arme Leute. Für die Bedürfnisse der Menschen waren genug Kaufläden und Handwerksbetriebe vorhanden. Vom Pupp doktor bis zum Bäcker war alles auf der Friesenstrasse zu finden. Die Bewohner gewöhnten sich auch an die Ausländer, die Anfang der 60 iger Jahre dann in immer größeren Scharen in das Viertel zogen, denn sie stellten weder für den Charakter des Viertels, noch für die Menschen eine Bedrohung dar.

Am Rande des Viertels hatte sich der GERLING - Konzern niedergelassen, mit einem Bau, der auch in Köln heute noch seinesgleichen sucht. Er erinnert an Bauten aus der Nazi - Zeit oder an die Trutzburg eines Tyrannen aus dem Mittelalter. Sogar der Kölner Stadtanzeiger schrieb am 3.11.71 darüber: Niemals in dieser Stadt sonst ist die Macht des Kapitals durch architektonische Mittel derart betont zur Schau gestellt worden.

Bald wurde deutlich, daß es nicht bei einer einzigen architektonischen Zurschaustellung bleiben sollte. Die Innenstadt war unter Behörden, Banken und Versicherungen aufgeteilt und GERLING hatte das Viertel zwischen Magnusstrasse, Hohenzollernring, Klapperhof, Spiesergasse und Friesenstrasse abbekommen. Anfang der 60iger Jahre begann GERLING immer mehr Häuser in diesem Viertel aufzukaufen. An diesen Häusern wurde dann kein Handschlag mehr getan. Wenn sich die alteingesessenen Bewohner darüber beschwerten, wurde ihnen gekündigt. Danach bezogen Ausländer diese Wohnungen zu Wuchermieten oder die Häuser blieben gleich ganz leer. Die, die mehr oder minder freiwillig auszogen kamen in Gerlingeigene Neubauwohnungen am Stadtrand oder in Bensberg. Die, die sich zur Wehr gesetzt hatten, oder die die Neubaumieten bei GERLING nicht bezahlen konnten, kamen in die städtischen Neubausilos in Bocklemünd und später nach Chorweiler.

Durch die fehlende Kundschaft gerieten die meisten der kleinen Geschäfte und Handwerksbetriebe in Existenznot und folgten bald nach. Sie machten Pleite und viele der ehemaligen Besitzer standen ohne gesicherte Altersversorgung da, weil sie ja nirgends mehr ein neues Geschäft eröffnen konnten.

Auch diese Häuser wurden dann nach und nach von GERLING aufgekauft. Die leerstehenden Ladenlokale vermietete er dann an dubiose Spielhöhlen - und Nachtbarbesitzer, die zwar den Bedürfnissen der Bevölkerung nicht entsprachen, dafür aber viele Zuhälter, Prostituierte und andere Teile der Kölner Unterwelt anzogen. Die Polizei fing an sich über die steigende Kriminalität im Friesenviertel zu beklagen, es verging keine Woche ohne eine Schlagzeile in den Kölner Tageszeitungen über eine Messerstecherei oder ähnliches im Friesenviertel und Köln wurde dadurch als Klein - Chicago berühmt und berüchtigt.

Die meisten der Bewohner trauten sich abends nicht mehr oder nicht mehr alleine auf die Strasse, wenns abends klingelte, machte man nicht mehr auf, um einzukaufen, war man bald auf Arendts, den jetztigen Beamteneinkauf - natürlich in einem GERLING - Gebäude - angewiesen. Selbst, wenn die Leute noch in ihren Häusern wohnten, so war ihnen die Heimat trotzdem schon genommen. Die Stadt wußte schon seit langem von GERLINGs Plänen, hatte aber nie etwas gegen die Aufkäufe und das Leerstellenlassen von Häusern getan.

Langsam begann es aber in der Bevölkerung zu brodeln. GERLING versicherte eifrig, er wolle nur Wohnungen im Friesenviertel bauen, und gründete Herbst 71 eigens dazu eine Wohnungsgesellschaft: die "Rheinbau Bau - und Betreuungsgesellschaft m.b.H." Die ersten Wohnungen konnte man auch bald an der Friesenstrasse/Ecke Norbertstrasse besichtigen. Es waren Wohnungen für GERLING-Angestellte. Das Ladenlokal wurde sogar an ein Einzelhandelsgeschäft vermietet: ein Bestattungsinstitut mit dem Namen PIETAT. Als GERLING dann in einer Nacht - und Nebelaktion in der Friesenstrasse weitere drei Häuser abreißen ließ, schlugen die Wellen der Empörung in der Bevölkerung hoch. Selbst dem letzten Bewohner war nun klar, wie das Friesenviertel nach dem Willen der Bewohner aussehen sollte.

Auf dem Grundstück in der Friesenstrasse wurden Bürobaracken in der Stadtverwaltung für 5 Jahre genehmigt, der Stadtrat wurde erst gar nicht gefragt. Alle offiziellen Stellen hatten bisher geschwiegen, seit Monaten schwirren Gerüchte von Sanierung durch das Friesenviertel, keiner wußte bisher, was das außer Häuserabreißen bedeuten sollte.

Es wurde einer Bürgerversammlung von den Bewohnern einberufen, zu der zwar keiner der geladenen Stadtvertreter erschien, aber man konnte die Stadt doch zwingen Farbe zu bekennen.

Hochbaudezernent Becker: "Man kann jetzt noch nicht festlegen, was im einzelnen entsteht. Zunächst einmal müssen wir feststellen, was ins Friesenviertel hineinsoll. Wir haben zum Beispiel in der Innenstadt einen gewaltigen Bedarf an gewerblicher Fläche, und es könnte durch aus sein, daß man sich bei einer Festlegung auf 40 % alles verbaut."

Versprochen wurde den Bewohnern jetzt eine Sanierung nach dem Städtebauförderungsgesetz mit einem Sozialplan und einer Beratungsstelle für die Bewohner. Als dann aber im November 71 im Stadtrat über das Friesenviertel beschlossen wurde, kam eine Veränderungssperre heraus und ein Bebauungsplan sollte aufgestellt werden. Den Leuten wurde erzählt, daß durch die Veränderungssperre GERLING weder Neubauen noch abreißen kann. In Wahrheit darf er nur nicht Neubauen und - welcher Hohn - keine wertsteigernden Maßnahmen vornehmen, z.B. seine Häuser renovieren lassen.

Er darf aber wohl weiter abreißen lassen, weil die Veränderungssperre da keine Rechtswirksamkeit hat, weiter leerstehen lassen und weiter aufkaufen.

In zwischen gehört GERLING fast das ganze Friesenviertel. Die meisten Häuser stehen leer und auch die Zweckentfremdungsverordnung, die 1972 in Kraft trat, hat das Friesenviertel nicht vor einer Zerstörung bewahrt.

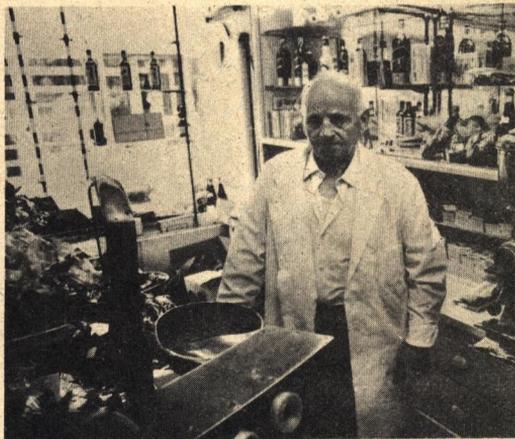
Wie der Bebauungsplan aussehen wird, hat Hochbaudezernent Becker ja deutlich genug gesagt.

Einer Dokumentation über das Friesenviertel entnommen:

Bäckermeister Reichensperger ist einer der ältesten Bewohner der Friesenviertels: "Mit der Bauerei hier, das hat vorsechs, acht Jahren angefangen. Erst um St. Gereon, und das führte immer weiter, die Leute wurden immer mehr vertrieben... Und es sind tatsächlich noch sehr gut erhaltene Häuser da, und gute, schöne Wohnungen, aber die Häuser stehen leer! Weiß der GERLING sich nicht hergibt, noch eine Wohnung zu vermieten. Aus Gründen, weil es sonst gezwungen wäre, wenn er abreißen will, den Mietern eine neue Wohnung zu suchen. Die kann er jetzt nicht abreißen, weil ja Baustopp ist. Aber die Wohnungen lassen sie leer! Da darf keiner rein! Und die Leute liegen praktisch auf der Straße und haben keine Wohnungen. Dem gehört auf den Kopp gehauen, das gehört ihm!

Wir sind fast die einzigsten, die noch übrig geblieben sind.

Hier gibt es nur noch ein paar spezielle Kneipen, die bleiben noch so lange hier stehen, bis der große Bagger kommt, der reißt die ganze Straße weg."

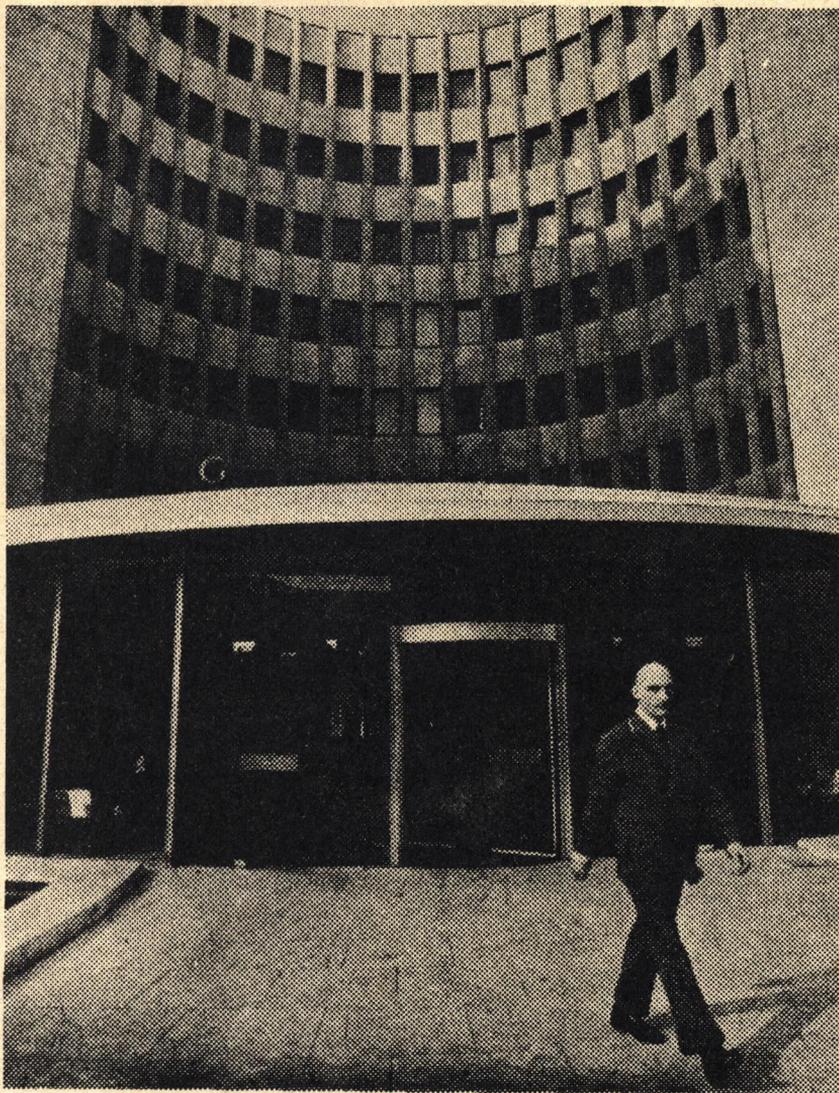


Die verbliebenen Bewohner warten im Friesenviertel auf den Abtransport durch den Bagger oder auf den Tod.

Zu retten wäre das Friesenviertel jetzt nur noch durch Maßnahmen, und Gesetze gegen GERLING, die bei uns undenkbar sind.

Aber das Friesenviertel und GERLING sind in Köln auch zu Begriffen für viele arme Leute geworden: die Menschen, die im Severinsviertel, in Ehrenfeld, in Nippes und auch der Leute in den GOTMAER - Häusern, als die Versicherung Ende der 60 iger Jahre begann, ihre Häuser aufzukaufen. Das Friesenviertel ist in Köln zu einem Mahnmal geworden, wenn es um Stadtsanierung geht. Ein

Mahnmal für die von Wohnungsnot bedrohten armen Leute, für einen
dem Geld und der Macht geopfertem Stück Menschlichkeit und Heimat,
daß das Leben in einer Stadt erst ausmacht.



So stirbt Köln

Daß Köln stirbt, sagen inzwischen schon die Fachleute. Und es vergeht kein Tag, wo sie es nicht lautstark bejammern. In den Zeitungen, im Rundfunk, im Fernsehen, auf Tagungen, Empfängen, Parties, bei Einweihungen und Sonntagsreden. Und es vergeht kein Tag, wo sie nicht Besserung versprechen und die neuesten Konzepte anpreisen. Daß Köln stirbt, dümmert inzwischen den Bürgermeistern, Oberstadtdirektoren und Regierungspräsidenten. Immer häufiger sehen wir sie abgebildet in den Zeitungen neben ihren Fachleuten, wo sie mit träumerischem Blick Fachvorträgen lauschen, mit staatsmännischer Geste vor Städtebaumodellen stehen und den ausgestreckten Zeigefingern ihrer Chefplaner und Stararchitekten folgen. Selbst die Wirtschaftsführer, Konzernchefs und Aufsichtsratsvorsitzenden spüren es dumpf, wenn sie zufällig einmal nachts gegen 22.00 h ihre Vorstandsetagen verlassen und zwischen Gebirgen aus Beton stehen, da, wo 2000 Jahre lang Köln war. Die Politiker und Stadtverordneten zucken die Schultern. Ja ja, sie wissen es natürlich längst, aber man weiß ja, ihnen sind die Hände gebunden, außerdem, das ist doch bekannt, hat die Stadt kein Geld. Aber in naher Zukunft, gewiß doch, da werde manches besser. Wenn erst das soundso-Gesetz von der Bundesregierung beschlossen sei. Und überhaupt habe man noch viel weitergehende Pläne. Der Tod Kölns läßt ihnen keine Ruhe, und deshalb suchen sie den den Schuldigen, der das alte Köln ermordet hat.

Sie alle haben in den vergangenen Jahren ihr Bestes getan. Wenn sie durch die Stadt führen, haben sie in ihrem Kopf bereits geplant: hier eine Industrie- und Handelskammer, da ein Regierungspräsidium, hier ein Kaufhof und da eine ABC-Bank. Da, wo früher dreckige Hinterhöfe waren, steht nun ein schmuckes Interconti, und wo nach dem Krieg ausgebrannte Altbauten das Stadtbild verschandelten, glitzern Glas und Marmor. Sie haben gesorgt und geschafft; haben Arbeitsstätten geschaffen, die modernsten Ansprüchen genügen, Hotels gebaut, die internationalem Standart entsprechen, haben Weltfirmen in unsere Mauern geholt, haben auch den Vergnügungstätten ihren Platz gegeben. Auch den Verkehr haben sie nicht vergessen. Auf großzügigen Autobahnen pulsiert der Autoverkehr durch Köln. Mit grüner Welle geht es in Minuten-schnelle von der Messe zum Dom, vom Dom zum Kaufhof, vom Kaufhof zum Gerlingkonzern, und überall warten großzügige Parkmöglichkeiten in Parkhäusern und Tiefgaragen. Handel und Wandel haben in dieser Stadt geblüht. Die Umsätze und das Steueraufkommen stiegen.

Und dabei ist es trotz aller dieser Anstrengungen von Jahr zu Jahr schlimmer geworden. Immer mehr alte Viertel sind verfallen, immer mehr Menschen haben die Stadt verlassen. Armut und Elend haben sich in vielen Straßen breitgemacht. Kriminalität und Prostitution sind gewachsen. Immer größer wurden die Anstrengungen der Kölner Führungsschicht, ihre Heimatstadt vor dem Verfall zu retten. Immer häufiger sah man sich nun gezwungen, nicht nur Ruinen und einzelne Altbauten, sondern gleich ganze Straßenzüge und Wohnblöcke abzureißen und durch großzügige Büro Neubauten zu ersetzen. Aber je mehr man plante und baute, desto schneller ging der Verfall vonstatten. Manche meinen sogar schon, die ganze Kölner Innenstadt sei unrettbar verloren und müsse als Wohnstätte geräumt werden.

Sich selbst haben unsere Spitzenkräfte in Politik, Wirtschaft und Verwaltung von aller Schuld freigesprochen. Im Gegenteil, sie haben noch zuwenig betont, wenn man sie fragt. Schuld sind ihrer Meinung nach die kleinen Leute, die Kinderreichen,

Rentner und Gastarbeiter, die immer noch in der Innenstadt wohnen geblieben sind.

Ihr Verbrechen ist, daß sie arm sind. Denn wären sie nicht arm, dann bräuchten sie keine billigen Altbauwohnungen. Ihre Schuld besteht darin, daß sie noch hier sind und sich noch nicht freiwillig nach Chorweiler oder Roggendorf verzogen haben, wo schon seit Jahren die großen Wohnblocks der Gesellschaften für sozialen Wohnungsbau leerstehen.

Die so denken und reden haben selbst Köln längst verlassen. Kölner sind sie nur noch auf dem Papier oder sogar nur noch nach dem Taufregister. Ihre Wohnungen stehen im Hahnwald oder in Bensberg. Sie wollen nicht in Köln leben und brauchen es auch nicht.

Köln, das ist für sie Umsätze, Büroflächen, Autobahnnahe, Wachstumszahlen und schlechte Luft. Köln, das ist für sie allenfalls noch Oper, Herrensitzung, Absteige. Am Kölner Dom ist wichtig, daß man darunter parken kann; an der Altstadt, daß sie ihre Postkartenseite der Kölner Messe zuwendet.

Das ist das Köln, das sich in klingende Münze umsetzen läßt. Es zieht Touristen an und dient den Konzernen als Markenzeichen. Für dieses Köln des großen Geldes und seine zwei, drei auserwählten Prunkstücke ist nichts zu teuer; für 100 Millionen wird die Rheinuferstraße abgesenkt, damit die Besucher der Altstadt-Diskotheken kreuzungsfrei bis zum Rhein bummeln können. Für weitere 200 Millionen entsteht daneben ein Museum für Pop-Art, mit dem sich Köln beim internationalen Jet-Set einen Namen machen wird. Alle Plätze rund um den Dom erstarren in Beton und Granit.

Für dieses Köln lächelt der Oberbürgermeister auf Werbereisen in Chicago und Tokio, dieses Köln stellt sich auf den Prunkwagen und Ehrentribünen am Rosenmontag zur Schau. Daß man in diesem Köln, das die Autobahnen, Kaufhäuser und Hauptverwaltungen noch übriggelassen haben, auch noch wohnen kann, das entzieht sich ihrem Vorstellungsvermögen. In ihren Plänen, die sie im sogenannten "Innenstadtkonzept" aufgeschrieben haben, ist die Kölner Innenstadt, "City" genannt, das Einkaufs- und Verwaltungszentrum eines riesigen Gebietes, das vom Siegerland bis nach Holland und Belgien reicht und vom Hunsrück bis ins Ruhrgebiet. Unvorstellbar, daß man in einer solchen City auch noch Wohnungen unterbringen kann. Im engsten Innenstadtbereich wohnen heute schon nur noch 1.600 Menschen, kaum mehr als die Hausmeister mit ihren Familienangehörigen.

Wohnraum, das ist in Köln das, was die Bürohochhäuser und Kaufhöfe und Autobahnen, die zu ihnen hinführen, für die Menschen übriggelassen haben. Tote Ecken, Sackgassen, ein paar Häuser an einer Schnellstraße, eine halbe Häuserzeile zwischen WDR und Pressehaus, gerade soviel, daß die unendliche Leere zwischen den Betonklötzen nicht spürbar wird. Aber manchmal, da ist gar nichts mehr. Da kündigt kein Stein und kein Schild mehr davon, daß hier einmal Unter Krahenbäumen war, eines der ältesten und heimeligsten Viertel von Köln. Da ist nur noch Nord-Süd-Fahrt, gesäumt von der Aluminium-Fassade einer BLUNA-Niederlassung und der verklüfteten Hinterfront der GEW.

Wohnraum, das ist in Köln der Platz, mit dem auf keine Art und Weise mehr Geld zu verdienen ist. Wer wissen will, wie grausam und unwiderlich Köln jetzt schon zerstört ist, der gehe einmal zu Fuß durch die Stadt, vom Chlodwigplatz im Süden zum Ebertplatz im Norden, aber nicht durch die Severinstraße, Hohe Straße und den Eigelstein, sondern über die Nord-Süd-Fahrt. Wenn man in zwanzig Jahren durch Köln geht, dann wird man noch Ehrenfelder finden und Nippeser, Sülzer und Mülheimer, aber Kölner, die im Gebiet zwischen den Ringen und um die Ringe herum geboren und aufgewachsen sind, und die dort auch noch

leben, die wird man dann vergeblich suchen. Vielleicht hier ein paar Türken, dort ein paar Studenten, aber bestimmt keine Kölner. Die Kölner werden sich allesamt in Roggendorf wiederfinden, in Bocklemünd oder am Kölnberg in Brühl. Aber wenn der letzte Kölner Köln verlassen hat, dann gibt es kein Köln mehr. Das ahnen sie dumpf, die Hochhauserbauer und Verwaltungsratsvorsitzenden. Dann hätten sie ihre Betonfestungen auch auf einen Rübenacker setzen können, statt ins Friesenviertel, nur erheblich billiger. Deshalb sollen nun einige Viertel als Wohnviertel erhalten werden, damit es auch in zwanzig Jahren noch Kölner gibt. Und es sollen auch nicht mehr alle Kölner vertrieben werden, sondern nur noch die Armen, die den Abriß und den Neubau oder die Modernisierung ihrer Wohnung nicht bezahlen können. Und andere sollen zuziehen, die Geld haben und es sich etwas kosten lassen, bei neuestem Komfort in einer alten Stadt zu leben. Dann wird man nicht mehr fragen, wer Kölner ist, sondern wer es sich leisten kann, Kölner zu sein.

Aber die meisten Kölner Viertel wird man auch dann nicht mehr "sanieren" können. Sie sind von Autobahnen zerschnitten, durch U-Bahn- und Hochbahnrampen amputiert, durch Parkhäuser geköpft, durch Versicherungspoläste ins Herz getroffen. Sie sind verkrüppelt und siechen dahin, und irgendwann, in nicht allzuferner Zukunft, wird nichts anderes mehr übrigbleiben, als ihre Reste auszulöschen und dem Erdboden gleich zu machen.

Dieses Heft nennt die Personen und Interessengruppen, die Köln ermordet haben. Am Beispiel eines Kölner Viertels wird gezeigt, wie ein Versicherungskonzern ein fast seit hundert Jahren blühendes Wohnviertel vernichtet und dem Verfall preisgibt.

In diesem Heft wird von Erpressung berichtet von schmutzigen Geschäften, von Lügen und leeren Versprechungen gegenüber der Kölner Bevölkerung, von Täuschung der gewählten Stadt-Vertretung und sogar von offener Gewalt gegen wehrlose Mieter.

Dieses Heft erzählt aber auch von Widerstand und davon, daß es eine Möglichkeit gibt, sich zu wehren. Und einen Weg, das wenigstens, was noch nicht zerstört ist, zu retten.

SEVERINSVIERTEL,

DIE BAGGER KOMMEN!

1979 will die Stadt anfangen, im Severinsviertel abzureißen, mindestens 75 Häuser.

Sie nennt das SANIERUNG, was auf Deutsch "Heilung" bedeutet. Und sie verspricht besonders den ärmeren Menschen, daß diese "Sanierung" zu ihrem Besten ist. Statt der alten Buden sollen sie jetzt schöne neue Wohnungen bekommen, und mehr Licht, Luft und Sonne, mehr Grünanlagen und Spielplätze. Es klingt wie im Märchen. Dasselbe haben Stadträte und Beamte vor ein paar Jahren den Bewohnern des Hauses Aachenerstr. 64 versprochen; und auch den Leuten, die in der Gladbacherstr. 3-7 wohnten.

Doch für diese Menschen wurde der Abriß ihrer Häuser nicht gerade zum Anfang eines schönen Märchens, sondern zu einem Alptraum:

Familie N. zum Beispiel landete in einer Betonsiedlung vor Köln, mit 5mal höherer Miete als vorher. Die krebskranke Frau N. mußte eine zweite Arbeit annehmen mit 56 Jahren, um Miete, Heizung, neue Gardinen, Möbel usw. bezahlen zu können.

Frau J. dagegen fand gar keine Wohnung, die sie bezahlen konnte, sie lebt heute in einer verkommenen Obdachlosensiedlung.

Herr R. wurde gleich ins Altersheim eingewiesen, wo er drei Monate später starb.

Frau H. aber hatte sich nicht durch die Versprechungen einwickeln lassen. Sie blieb wohnen, doch als sie allein war, wurde sie mit Erpressung und Gewalt geräumt.

Als diese Menschen schließlich aus ihren Häusern und ihrer Heimat vertrieben waren, da konnte man sehen, wer den Stadträten und Beamten in Wahrheit am Herzen lag:

Das Haus Aachenstr. 67 wurde abgerissen, weil die reichen Geschäftsleute am Rudolfplatz ein weiteres Parkhaus brauchen. In der Gladbacherstr. wurde das Volk verjagt, weil die GÖTHAER-Versicherung dort einen neuen Büropalast errichten will.

Hier im Severinsviertel wird es nicht anders gehen: Vor dem Abriß verspricht man dem kleinen Volk das Blaue vom Himmel, und erst nachher werden die wahren Pläne sichtbar. Denn die großen Kaufhäuser von der Schildergasse wollen sich hier niederlassen, und für ihre Einkaufszentren sollen viele von Euch vertrieben werden; für ihre Geldgier werden die kleinen Geschäftsleute kaputtgemacht; für ihre Kunden werden teure neue Wohnhäuser gebaut. Die meisten Menschen, die jetzt noch im Viertel wohnen, passen nicht in diese Pläne, denn sie sind zu arm: Die Kaufkraft des Viertels liegt 20% unter dem Durchschnitt!

Und der Multimillionär Van Nes Ziegler und der steinreiche Oberstadtdirektor Möhnen werden auch hier zum Schluß wieder zeigen, auf welcher Seite sie stehen:

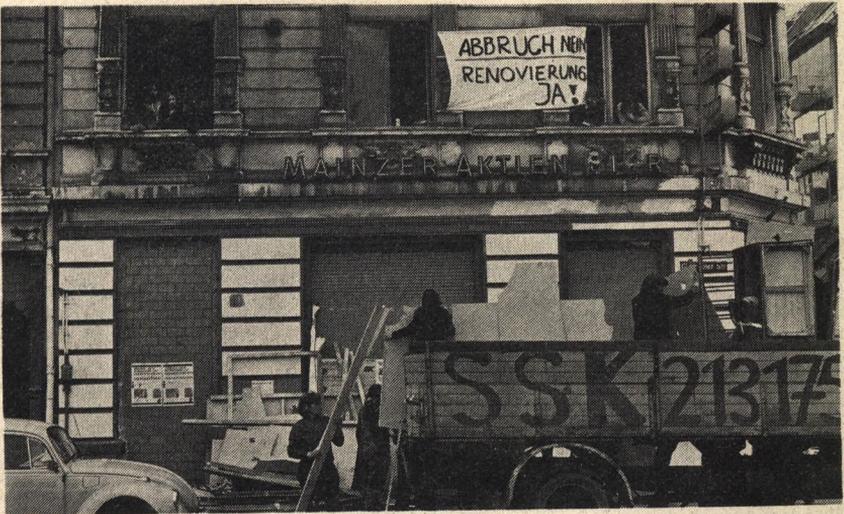
Auch hier wird dem netten Gerede das übliche dicke Ende folgen: Gesetzesbrüche, Lügen, Betrug und Schiebung! Beim Stollwerk ist das ja jetzt schon ans Tageslicht gekommen.

ABER NOCH IST ES NICHT ZU SPÄT !!

Macht, Geld und Rücksichtslosigkeit sind auf der Seite der Abrißfreunde, Recht und Gesetz aber sind auf unserer Seite (Menschenrechte, Mieterschutz, Zweckentfremdungsverbot z.B.).

Wenn wir zusammenhalten, beißen sich die Geschäftsmacher aus Wirtschaft und Politik an uns die Zähne aus

Wer also eine Kündigung erhält, wer von einem geplanten Abriß erfährt oder sieht, daß ein Haus leer wird:



Kölner VolksBlatt:

ist eine Zeitung, die über Bürgerinitiativen, Stadtteilgruppen, Kinderläden, Mieterräte, Frauengruppen, Jugendzentren, Gastarbeitervertretungen, Betriebs- und Gewerkschaftsgruppen, Jugend- und Schülergruppen und viele mehr berichtet und über ihre Interessen informiert.

Eine dieser Gruppen ist der SSK. Eine Initiative in Köln, über die das "VolksBlatt" regelmäßig berichtet.

Kölner VolksBlatt:

erscheint jeden Monat für 50 Pfennige. Jahres Abo 12 Mark (einschl. Porto und Verpackung) Probeexemplare unsonst.

5000 Köln 1, Palmstraße 17, Telefon 21 31 85

Kölner VolksBlatt:

das Blatt von unten, aus der Sicht der Bürger im Stadtteil, der Arbeiter und Angestellten im Betrieb.

